journalistenblatt

1
2026

Die Journalistenverbände informieren | 21. Jahrgang

www.journalistenblatt.de

Herausgeber

Journalistenzentrum DEUTSCHLAND

DPV Deutscher Presse Verband

bdfj: bundesvereinigung der fachjournalisten

Die Investigativ-journalisten Katja Gloger und Georg Mascolo

Vom Versagen der Politik

Katja Gloger und Georg Mascolo im Interview, ab Seite 4

Biometrische Gangerkennung 10

Wie politisch ist Künstliche Intelligenz? 18

Neuregelungen in der Steuer im Jahr 2026 26

HAMBURGER STIFTUNG
für politisch Verfolgte

40 Jahre Stimmen für die Freiheit

© privat, Andriy Dubchak/RFERL, Tatsiana Tkachova, privat

"Wir setzen unsere Arbeit für Gerechtigkeit und Menschenwürde überall fort."

Vier Stiftungsgäste aus Aserbaidschan, Türkei, Ukraine und Äthiopien.

Seit vier Jahrzehnten rettet die Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte mutige Menschen wie unsere Stipendiaten.

Für die Einladung neuer Gäste brauchen wir Ihre Unterstützung! Jetzt erst recht!

Jetzt informieren & spenden

www.hamburger-stiftung.de

Ihre Spende ist steuerlich absetzbar.

BIC: HASPDEHHXXX, IBAN: DE 5320 0505 5010 2225 0359

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

Wladimir Putin überfiel im Frühjahr 2022 die Ukraine. Plötzlich und unerwartet? Eher nicht, glauben die beiden Investigativjournalisten Katja Gloger und Georg Mascolo. In ihrem neuen Buch „Das Versagen" zeichnen sie ein schonungsloses Bild jahrzehntelanger Fehleinschätzungen: Sie zeigen, wie politische Verantwortungsträger Warnungen ignorierten und unbequeme Stimmen in der deutschen Russlandpolitik ausblendeten. Im Interview mit dem **journalistenblatt** erklären sie, wie es zu diesen politischen Blindstellen kam, was sie bei ihrer Recherche am meisten überraschte – und was Deutschland aus den Fehlern im Umgang mit Russland lernen kann und muss. Sie finden es ab Seite 4.

Die Überwachungsmethoden des öffentlichen Raums werden immer raffinierter. Neben der Gesichtserkennung kommt jetzt eine bereits aus Hollywood-Blockbustern bekannte Methode in die Erprobungsphase: Die Biometrische Gangerkennung soll Menschen aus der Ferne identifizieren können, selbst wenn sie ihr Gesicht verhüllen. Karoline Tanck zeigt ab Seite 10, wie die Technologie funktioniert und wo sie bereits eingesetzt wird.

Auch Andrew Weber nimmt sich des Themas Sicherheit an. Geraten wir alle unter Generalverdacht, wenn wir Unkrautvernichtungsmittel und Feuerlöscher im Baumarkt kaufen? Innenminister Alexander Dobrindt will die US-amerikanische Überwachungssoftware Palantir bundesweit einsetzen. Was das bedeuten kann, lesen Sie ab Seite 14.

Mit Künstlicher Intelligenz setzen sich gleich zwei unserer Autoren auseinander: Hausjustiziar Olaf Kretzschmar wirft einen positiven Blick auf den EU-AI-Act, der den Einsatz von KI im Journalismus regeln soll (S. 22 ff.). Und Doc Baumann stellt generative Künstliche Intelligenz vor, mit der sich Bilder generieren lassen, die zunehmend realistischer erscheinen und von Fotos kaum noch unterscheidbar sind (S. 28 ff.).

Und auch sonst haben wir wieder viel Informatives und Interessantes für Sie im Blatt.
Wir wünschen Ihnen viel Spaß bei der Lektüre!
Ihre Redaktion des **journalistenblatt**

www.journalistenblatt.de

Inhaltsverzeichnis

4 Vom Versagen der Politik
Russlands Krieg gegen die Ukraine kam nicht plötzlich – er war von Geheimdiensten vorhergesagt. In ihrem neuen Buch „Das Versagen" zeichnen Katja Gloger und Georg Mascolo ein schonungsloses Bild politischer Fehleinschätzungen, wie sie im Doppelinterview mit dem **journalistenblatt** erklären

10 Biometrische Gangerkennung
Biometrische Gangerkennung soll Menschen aus der Ferne identifizieren, selbst wenn sie ihr Gesicht verhüllen. Wie funktioniert die Technologie und wo wird sie bereits eingesetzt?

14 Überwachung total. Im Namen der Sicherheit
Innenminister Dobrindt will die US-amerikanische Überwachungssoftware Palantir bundesweit einsetzen und diese um die Erfassung biometrischer Daten von Gesichtern zu erweitern

16 Das Ende der Wahrheit?
Was, wenn die Wahrheit zur Ware wird und niemand mehr für sie bezahlt? Wenn KI-Systeme die Beiträge schreiben, weil es schneller geht und billiger ist? Ist es die logische Konsequenz eines perfekt ausgeführten Zangenangriffs auf den unabhängigen Journalismus?

18 Wie politisch ist die Künstliche Intelligenz?
Man könnte Bertolt Brecht umkehren: Die Apokalypse ist das Schwere, das einfach zu machen ist, wenn die KI die Weltherrschaft übernimmt. Oder gibt es noch eine Rettung?

21 PressCreditCard: Weltweite Vorteile zum Nulltarif

21 Impressum

22 KI im Journalismus und der EU AI Act
Viele Journalisten sind verunsichert: Darf ich KI für Recherchen nutzen? Muss jeder Text, der mithilfe von KI entstanden ist, gekennzeichnet werden? Drohen Bußgelder oder Abmahnungen?

24 Steuerliche Neuerungen 2026
Deutschland steht am Beginn eines Jahres mit umfassenden steuerlichen Anpassungen auch für Journalisten und Fotografen. Dieser Beitrag ordnet die wichtigsten Neuerungen, erklärt ihre Wirkung und zeigt, wo Fallstricke liegen

26 Finanzplanung für Selbstständige
Wie Medienschaffende Sicherheit in einen unsicheren Alltag bringen, warum gute Honorare allein nicht reichen – und was stattdessen hilft

28 Die Zukunft wird sehr, sehr schön
Mit Künstlicher Intelligenz lassen sich Bilddokumente der Gegenwart und Vergangenheit fälschen. Die Zukunft dagegen ist offen …

33 Fotos für die Pressefreiheit 2025
Die Einschränkung der Pressefreiheit ist immer ein Gradmesser für den Zustand der Demokratie. Reporter ohne Grenzen ist Herausgeber des Bildbands und finanziert sich neben Spenden und Mitgliedsbeiträgen auch mit Hilfe dieses Fotobuchs

38 Der uneingeschränkte Erhalt von Bargeld
Ohne Bargeld gerät die Gesellschaft in die völlige Abhängigkeit der privaten Finanzwirtschaft

39 Engagement – RückBLENDE

Titelfoto: Bernd Lammel

Vom Versagen der Politik

Als Wladimir Putin im Februar 2022 die Ukraine überfällt, ist die Welt schockiert. Doch der Krieg kam nicht plötzlich – er war von westlichen Geheimdiensten präzise vorhergesagt. In ihrem neuen Buch zeichnen Katja Gloger und Georg Mascolo ein schonungsloses Bild jahrzehntelanger Fehleinschätzungen: Sie zeigen, wie politische Verantwortungsträger Warnungen ignorierten und unbequeme Stimmen in der deutschen Russlandpolitik ausblendeten.
Auf Grundlage geheimer Dokumente und zahlreicher Gespräche mit Zeitzeugen rekonstruieren die Investigativjournalisten ein Stück jüngster Geschichte – von der umjubelten Putin-Rede im Bundestag über geheime Kanäle in den Kreml bis hin zu einem Dossier des Auswärtigen Amts, in dem bereits 2007 vor einem Konflikt um die Krim gewarnt wurde – und das doch in der Versenkung verschwand.
Im Doppelinterview mit dem journalistenblatt erklären Katja Gloger und Georg Mascolo, wie es zu diesen politischen Blindstellen kam, was sie bei ihrer Recherche am meisten überraschte – und was Deutschland aus den Fehlern im Umgang mit Russland lernen kann und muss.

? Herr Mascolo, Frau Gloger, Sie haben gemeinsam das Buch „Das Versagen" geschrieben. Wann entstand die Idee, dieses Buch zu schreiben, und warum jetzt?

! *Katja Gloger:* Es ist nicht der Normalfall, dass Ehepaare den gleichen Beruf ausüben und sich dann auch noch zu dem Abenteuer verabreden, zusammen Bücher zu schreiben. Die erste Erfahrung hatten wir bereits bei der gemeinsamen Arbeit am Buch „Ausbruch: Innenansichten einer Pandemie – Die Corona-Protokolle". Mit „Das Versagen" sind wir in gewisser Weise auch an unserem Lebensthema. Ich beschäftige mich seit 30 Jahren mit Russland – und dann kam der 24. Februar 2022.

Georg Mascolo: Für mich waren zwei Punkte ausschlaggebend. Unser Berufsleben ist mit dem Ende des Kalten Krieges auf eine besondere Art und Weise verbunden: Katja erlebte das Ende der Sowjetunion in Moskau. Ich hatte das Glück und Privileg, in der Zeit der friedlichen Revolution in der DDR als Korrespondent für *Spiegel TV* zu arbeiten. Wir erinnern uns also an diese Glücksmomente. Dann kam der 24. Februar 2022, und wir stellten uns die Frage: Was ist da so gründlich schiefgegangen? Und warum? Wir versuchten, jenseits der ersten Erklärungen ein bisschen mehr Tiefe in dieses Thema zu bekommen, auch über den politischen Spin hinaus, denn wir wussten ja über die ersten Erklärungen hinaus sehr wenig. Gesetzliche Sperrfristen erschwerten auch den Zugang zu Unterlagen. Mit Katjas tiefem Verständnis für Russland und meiner besonderen Arbeitsweise entstand die Idee: Wenn wir beides kombinieren, könnte daraus ein Buch werden.

? Wie lange haben Sie gemeinsam daran gearbeitet?

! *Georg Mascolo:* Das lief mit Unterbrechungen. Am Anfang war da wohl eher dieser Moment, den ich professionelle Beunruhigung nennen würde.

> Es gehörte lange, zu lange, zum Selbstverständnis deutscher Politik, Russland gut zu verstehen, wenn nicht sogar am besten.

? Was genau heißt das?

! *Georg Mascolo:* Es ist der Moment, wenn das Interesse auf eine besondere Art und Weise wächst: Man beginnt, zu sprechen und zu sammeln, ohne dass sich zu diesem Zeitpunkt bereits die strukturierte Idee eines Buches entwickelt. Diesen Moment kann ich hier ziemlich genau festmachen: Es war Putins Aufsatz im Juli 2021.

Katja sagte: „Da passiert etwas, was über das Maß dessen, was wir mit Putins Politik in der Vergangenheit gesehen haben, hinausreicht." Dann begannen wir zu recherchieren, ohne zu wissen, dass daraus ein Buch werden würde. Mit der richtig strukturierten Arbeit starteten wir relativ schnell nach dem 24. Februar 2022. Wir nahmen Kontakt zu Ministerien auf, beantragten Schutzfristverkürzungen und arbeiteten ab diesem Zeitpunkt dann mit Unterbrechungen an diesem Projekt.

Katja Gloger: Weitere Recherchen und Gespräche, Überprüfen und Redigatur und das Schreiben selbst dauerten alles in allem ein Jahr.

? „Das Versagen" beschreibt, dass deutsche Politiker Warnungen vor Putins Angriff auf die Ukraine über Jahre igno- ▶

Die Investigativjournalisten Georg Mascolo und Katja Gloger

Foto: Bernd Lammel

rierten. Spätestens nach der Besetzung der Krim konnten die offensichtlichen Warnungen eigentlich nicht mehr übersehen werden. War die deutsche Russlandpolitik ignorant oder einfach naiv?

Georg Mascolo: Häufig ist es einfacher, zu beschreiben, was geschehen ist, als endgültige Erklärungen dafür zu finden, warum es zu keinen alternativen Schlussfolgerungen gekommen ist. Viele hofften doch anfangs auf den „anderen" Putin, einen Reformer, vielleicht etwas autoritär, aber ein dem Westen zugewandter Modernisierer. Diesen Putin mit Bezug zu einer Demokratisierung seines Landes, zu Pressefreiheit und Rechtsstaatlichkeit gab es in Wahrheit nie. Die Ende der Neunzigerjahre ohnehin schon geringe Hoffnung auf ein demokratisches Russland war mit der Berufung des früheren KGB-Offiziers Wladimir Putin in das Präsidentenamt durch Boris Jelzin eigentlich gestorben. Man kann verschiedene Bruchpunkte identifizieren, aber ganz sicher ist das Jahr 2014 und die Annexion der Krim ein entscheidender.

Vor allem in den Jahren danach hätte man das beträchtliche politische und auch ökonomische Potenzial unseres Landes einsetzen können, um vielleicht selbst ein paar rote Linien gegen Putins Aggressionen zu markieren. Weniger Abhängigkeit vom russischen Gas etwa, kein Verkauf der wichtigen Gasspeicher an Gazprom. Heute ist es interessant, den Verantwortlichen zuzuhören, denn sie tun sich oft schwer, dies zu erklären.

Katja Gloger: Im Nachhinein ist man in der Regel immer klüger – und auch gerne klüger. Wir versuchen, in unserem Buch genau das zu vermeiden, stattdessen Wendemarken aus den vergangenen 25 Jahren zu identifizieren und die Entscheidungen deutscher Politik in den jeweiligen Situationen und Entwicklungen möglichst fair zu beschreiben. Ebenso die Dilemmata, in denen politisch Handelnde sich befanden, weil sie einen Interessenausgleich auf internationaler oder nationaler Ebene brauchten, all die zum Teil auch fatalen Kompromisse, so etwa beim NATO-Gipfel in Bukarest 2008. Und auch: Wie geht man mit den Interessen der deutschen Wirtschaft um? Wenn wir die vergangenen 25 Jahre zusammenzufassen, so lange ist Putin an der Macht, war die deutsche Russlandpolitik auch von Wunschdenken geprägt – viele haben sich Wladimir Putin wohl schöner geredet, als es jemals hätte sein dürfen, und zwar von Anfang an. Stichwort Stabilität, Stichwort gute Geschäfte – Wunschdenken. Und dazu

> Bei Gerhard Schröder hat man es mit der seltenen Kombination zu tun, dass er gut bezahlt wird, aber zugleich daran glaubt, alles richtig zu machen.

diese Langmut mit einem Mann auf dem Weg in die Diktatur.

Es gehörte lange, zu lange, zum Selbstverständnis deutscher Politik, Russland gut zu verstehen, wenn nicht sogar am besten. Und zwar aufgrund unserer jahrhundertealten Verknüpfung, unserer besonderen Verantwortung auch, die sich aus den Verbrechen der Deutschen, dem Vernichtungskrieg gegen die Völker der Sowjetunion ergeben. Darin liegt sicher ein Teil des Problems: Die deutsche Politik bezog sich vor allem auf Moskau und Russland und eben nicht auf dieses weite Land im Osten Europas, die Ukraine.

Georg Mascolo: Und viele andere ostmitteleuropäische Länder, unsere Nachbarn. Das Selbstverständnis, der vermeintlich beste „Russlandversteher" zu sein, liegt auch in der Tradition der Ostpolitik, in der sich vor allem Sozialdemokraten gesehen haben. Es ist nichts falsch daran, durch Dialog und Kompromisse zu einem guten Miteinander zu kommen. Das Problem war nur, dass Wladimir Putin an Kompromissen nach unseren Vorstellungen kein Interesse hatte.

Putin ist bis heute nicht an Kompromissen interessiert. Deshalb ist es erstaunlich, dass nach dem Überfall auf die Ukraine die Sozialdemokratie, die immer sehr freundlich gegenüber Putin war, nur wenig Einsicht hatte, Fehler in der Russlandpolitik einzuräumen. Und selbst beim Bundespräsidenten gab es wenig Einsicht.

Georg Mascolo: Der Bundespräsident und Außenminister in zwei Großen Koalitionen sprach 2022 auch von Fehlern. Im Gegensatz zu Gerhard Schröder und Angela Merkel, die in ihrer Russlandpolitik keinerlei Fehler erkennen können, zumindest nicht öffentlich.

Unser Titel „Das Versagen" bezieht sich vor allem auf die Zeit nach 2014. Da wurde es gleich dreifach unerklärlich. Die Energieabhängigkeit von Russland wuchs, die Bundeswehr wurde vernachlässigt, und es wurden keine Konsequenzen aus dem hybriden Krieg gezogen, den Putin spätestens 2015 mit dem Cyberangriff auf den Deutschen Bundestag auch gegen Deutschland begann.

Sie bekamen für Ihr Buch Zugang zu Geheimdokumenten und haben Zeitzeugen befragt. Gab es Informationen, die Sie besonders überrascht oder schockiert haben?

Georg Mascolo: Es ist immer wieder interessant und bemerkenswert, was man während einer solchen Recherche finden kann. Für mich waren die Notizblöcke des leider vor kurzem verstorbenen früheren Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, Klaus Scharioth, spannend. Bereits im Januar 2000 hatte er als einer der ersten Wladimir Putin in Moskau besucht. Auf dem Rückflug notierte er: „Hochintelligent, hart, skrupellos.

Foto: Bernd Lammel

Kalter, entschlossener Operateur." Und er schrieb: Mit so einem wolle man nicht befreundet sein.

Es war hellsichtig, wie man im Planungsstab des Auswärtigen Amts nach der Rede Wladimir Putins in München 2007 die Lage analysierte und Szenarien aufschrieb. Ein Szenario, das damals unglücklicherweise als wenig wahrscheinlich beurteilt wurde, kommt der heutigen Situation gespenstisch nahe. Es war interessant, zu lesen und auch in zahlreichen Gesprächen zu erfahren, welch kluge Gedanken und Positionen vertreten wurden, übrigens auch von den Geheimdiensten in diesem Land. Und man sucht nach einer Erklärung, warum so wenig davon in die russlandpolitische Strategie eingeflossen ist.

Katja Gloger: Recherchen sind immer eine Expedition, und das Wunderbare an unserem Beruf ist, dass man in diesen Expeditionen „Tiefenbohrungen" unternehmen kann. Manchmal sind es Zufälle, dass sich bestimmte Dokumente öffnen, manchmal geht man über Wochen gezielt Dingen nach. Ich beschäftige mich beruflich mit dem großen Thema Sowjetunion, Russland und Putin seit vielen Jahren, aber auch für mich gab es immer wieder Überraschungen.

? Haben Sie ein Beispiel?

! *Katja Gloger:* Überrascht haben mich die Hintergründe zu Putins historischer Rede im Bundestag 2001 oder auch die Rüstungskooperation zwischen Deutschland und Russland nach dem Bukarest-Gipfel 2008 und dem Georgien-Krieg kurz darauf. Es musste klar sein, wie zittrig das Verhältnis zwischen Russland und der Ukraine war. Schon damals hatte Putin davon gesprochen, die Ukraine sei ja eigentlich kein eigenständiges Land. Dass Deutschland vor diesem Hintergrund eine Rüstungskooperation mit Russland einging, ist beispiellos.

Georg Mascolo: Wir erlebten auch interessante Momente, in denen wir darauf zurückgeschaut haben, wie wir selbst Dinge betrachtet haben. Ich kann mich daran erinnern, dass ich 2018 eine heftige Diskussion mit Katja hatte. Sie schrieb damals einen Artikel im *Stern*, in dem sie die Pipeline Nord Stream 2 als Putins geopolitische Waffe beschrieb. Ich hatte eine andere Position. Bei den Recherchen zum Buch konnte ich noch einmal gedanklich zurückreisen und mich fragen: Wieso habe ich das nicht in größerer Klarheit gesehen, obwohl es nicht schwer zu erkennen war?

Foto: Bernd Lammel

Katja Gloger

Die mehrfach ausgezeichnete Journalistin arbeitet seit über 30 Jahren vor allem zu Russland und internationaler Sicherheitspolitik. Die Osteuropahistorikerin berichtete als Korrespondentin des „Stern" viele Jahre aus Moskau und Washington. Sie interviewte Michail Gorbatschow, Boris Jelzin und auch Wladimir Putin, den sie als erste westliche Journalistin über Monate begleitete. Ihr Buch „Putins Welt" entstand nach der Annexion der Krim 2014 und beschrieb einen Mann auf imperialer, vermeintlich historischer Mission.

Georg Mascolo

Der Bestsellerautor gehört zu den führenden investigativen Journalisten des Landes. Der ehemalige Chefredakteur des „Spiegel" leitete die Recherchekooperation von NDR, WDR und „Süddeutscher Zeitung". Als junger Reporter von „Spiegel TV" arbeitete er in der DDR. Und dokumentierte am späten Abend des 9. November 1989 jenen historischen Moment, als sich am Berliner Grenzübergang Bornholmer Straße der Schlagbaum hob – und die Mauer fiel. Seine Reportage wurde von der UNESCO ins Weltdokumentenerbe aufgenommen.

In der Rückschau kann man immer schnell zu dem Schluss kommen: „Das musste man doch sehen, das war doch alles klar." Aber wenn wir zurückschauen, wie die journalistische Berichterstattung aussah, bewegte sie sich häufig entlang der Wellen und Sinuskurven der politischen Diskussion. Als eigenständiger Taktgeber, als Nachdenkhilfe funktionierte sie häufig nicht. Wobei ich bei der Russland-Berichterstattung einschränkend sagen würde: Das gilt nicht für die großartige Arbeit der Moskauer Korrespondentinnen und Korrespondenten. Dort existierte dieses journalistische Gegengewicht die ganze Zeit. Man hätte es nur intensiver, nachhaltiger zur Kenntnis nehmen müssen.

? Haben die Medien in Deutschland das Thema Russland unter Putin nicht rechtzeitig thematisiert? Hätte die Berichterstattung spätestens nach 2014, nach der Annexion der Krim, kritischer sein müssen? Gab es in den deutschen Qualitätsmedien ausreichend Gespür für das Thema Russland?

! *Georg Mascolo:* Es ist gut und wichtig, dass wir inzwischen nach jedem großen Wendepunkt, nach jeder Erschütterung auch durchaus selbstkritisch zurückschauen: Wie sah mediale Berichterstattung aus? Dazu gehören auch die großen Themen Migration und Corona. In der Diskussion um Russland und Russlandpolitik aber gab es wohl vor allem nach 2014 zu viele sogenannte „Russlandversteher", die Putins aggressive Politik verharmlosten. Man hörte häufiger den Satz: „Die Krim war doch irgendwie schon immer russisch."

? Da werden Narrative bedient. ▶

► ! *Georg Mascolo:* Absolut. Aber da gibt es auch so viele kluge und großartige Bücher und auch tiefgründige Berichterstattung über Russland und den russischen Präsidenten. Zu den journalistischen Defiziten gehört allerdings unsere Vernachlässigung einer konsistenten Berichterstattung aus der und über die Ukraine. Ein gutes Beispiel ist mein früheres eigenes Blatt, der *Spiegel*, für den ich fast 25 Jahre gearbeitet habe. Da gab es in den Neunzigerjahren eine Ukraine-Korrespondentin – aber deren Büro in Kyjiw wurde relativ schnell wieder geschlossen und auch in meiner Zeit als Chefredakteur nicht wieder eröffnet. Es hieß: Die Ukraine kann man auch aus Moskau oder Warschau journalistisch betrachten. Das ist meine Verantwortung. Diese moskauzentrierte Sicht hat sich erst mit dem 24. Februar 2022 geändert. Es ist furchtbar, dass es eines Krieges bedurfte, damit dieses große, wichtige Land mit seiner komplizierten Geschichte die mediale Aufmerksamkeit erhielt, die es schon lange verdient hatte – und hoffentlich dauerhaft erhält.

Katja Gloger: Vor allem nach 2014 war die mediale Debatte in Teilen durchaus erbittert. Da konnten wir von Politikern, aber auch von namhaften Journalistinnen und Journalisten offene Briefe lesen, einer davon wurde auch in der *Zeit* veröffentlicht, in dem es hieß: „Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen." Da wurde an die Bundesregierung appelliert, ihrer Verantwortung für den Frieden gerecht zu werden. Das war schon bemerkenswert.

Für viele lag wie eine Art Garant für den „besseren" Putin lange auch Altkanzler Schröder über der Debatte, der in seiner Argumentation grundsätzlich ja gar nicht so Unrecht hatte, wenn er sagte: Wir brauchen einen Ausgleich, wir brauchen Freundschaft, wir brauchen gute Wirtschaftsbeziehungen, denn die schaffen Stabilität. Und Stabilität schafft Sicherheit, und Sicherheit festigt den Frieden.

? Altkanzler Schröder hatte aber auch handfeste finanzielle Interessen.

! *Katja Gloger:* Nach dem Ende seiner Amtszeit, ja. Putin aber hatte ganz andere Ziele und ließ daran keinerlei Zweifel aufkommen. Auch unsere Gesellschaft wollte von dieser Schröder-Sicht auf Putins Russland lange Zeit nicht Abstand nehmen oder sich damit auseinandersetzen. Denn das hätte Konsequenzen bedeutet zum Beispiel für die Bundeswehr und das Zwei-Prozent-Ziel der Verteidigungsausgaben, um das wir lange einen Bogen machten. Der Osten der Ukraine, dieser De-facto-Krieg im Donbass, das war dann doch vergleichsweise weit weg.

Georg Mascolo: In den Regierungsakten, die wir eingesehen haben, findet sich häufiger die Beschwerde über die vermeintlich ungerechte mediale Berichterstattung über Russland. Gerhard Schröder beklagte schon beim Baustart von Nord Stream 1, dass die Medien so kritisch seien. Und Wladimir Putin kritisierte praktisch bei jeder Gelegenheit die angeblich russophobe Berichterstattung und Stimmungsmache in Deutschland.

? Auch wenn das in Russland anders ist: Die Aufgabe der vierten Gewalt ist es, Regierungshandeln kritisch zu begleiten. Gerhard Schröder hat in seinem Engagement für russische Gaskonzerne sehr gut verdient und deshalb unkritische Positionen zu Russland eingenommen. War er vielleicht sogar davon überzeugt, das Richtige zu tun?

! *Georg Mascolo:* Es ist das Wesen von Lobbyismus, eine Position einzunehmen, weil man dafür entsprechend gut bezahlt wird. Ich glaube, bei Gerhard Schröder hat man es mit der seltenen Kombination zu tun, dass er gut bezahlt wird, aber zugleich daran glaubt, alles richtig zu machen.

Katja Gloger: Nord Stream 1 und 2 sollten Russland und Deutschland auch politisch verbinden, aber es wird schnell vergessen, dass Nachbarländer mit ganz eigener Geschichte auch in Bezug auf Russland dazwischen liegen, von der Ukraine ganz abgesehen. Es ist für mich schwer, Verständnis dafür zu entwickeln, warum nach 2014 Nord Stream 2 noch auf den Weg gebracht wurde. Es war zwar ein privatwirtschaftliches Projekt, aber ohne politische Unterstützung und Begleitung hätte es niemals umgesetzt werden können. Und parallel erfolgte auch noch der endgültige Verkauf des größten deutschen Gasspeichers an Gazprom. Das passierte zeitgleich im September 2015. Die Krim ist annektiert, das Passagierflugzeig MH17 abgeschossen, die Toten fielen vom Himmel, im wahrsten Sinn des Wortes. Im Osten der Ukraine herrscht bereits Krieg, und dennoch verabschiedet Deutschland dieses Pipeline-Projekt, von dem alle wissen, dass es die Energieabhängigkeit von Russland weiter und weiter und weiter vergrößert. Auch die Bundesregierung übte politischen Druck aus, um die Pipeline zu realisieren.

? Gab es zu dieser Zeit tatsächlich eine kritische Medienberichterstattung über das Engagement von Altkanzler Schröder und die deutsche Russlandpolitik?

! *Georg Mascolo:* Ich glaube, dass wir auch medial nach 2014 womöglich keine ausreichende Aufmerksamkeit gezeigt haben. Es gibt aber andere Momente, in denen die mediale Aufmerksamkeit in Bezug auf Putins Vorgehen den maximalen Punkt erreichte.

? Beispielsweise?

! *Georg Mascolo:* Der Giftanschlag mit einer Massenvernichtungswaffe 2020 auf Alexej Nawalny wurde sogar zur Weltnachricht. Dies führte zu einer heftigen Debatte in der deutschen Politik. Für einen kleinen Moment schien eine echte Abkehr möglich. Dass Deutschland ein Stoppschild setzen, mit der Politik des „Weiter so" aufhören würde. Damals gab es ja auch Forderungen

Foto: Bernd Lammel

nach einem Moratorium für den Bau von Nord Stream 2.

An dieser Stelle waren mediale Aufmerksamkeit und medialer Druck geradezu maximal und auch eine politische Unterstützung dieser Position. Aber wir hatten eine Kanzlerin, die sich entschied, an dem Pipeline-Projekt festzuhalten. Es gab großartige journalistische Berichterstattung. Genau deshalb arbeiten wir in diesem Beruf. Und dann stellt sich heraus, dass die Aufmerksamkeit doch nicht groß genug war. Manchmal gibt es Entscheidungen, so wie das Festhalten an Nord Stream 2, für die man sich im Nachhinein nur schämen kann.

? Digitale Medien und soziale Netzwerke haben die Informationslandschaft stark verändert. Wird durch Instagram, TikTok, X und Facebook das Problem der medialen Polarisierung und Desinformation verschärft? Wir hätten uns vor 20 Jahren ja nicht einmal annähernd vorstellen können, was heute in den Sozialen Medien an Desinformation kursiert.

! *Georg Mascolo:* Wie in anderen Bereichen auch, erleben wir in der medialen Entwicklung revolutionäre Zeiten. Es geht um die Fundamente der Informationsgesellschaft. Das Wort „Informationsgesellschaft" klingt ein bisschen hüftsteif, aber im Kern geht es doch um die Frage: Wie komme ich an verlässliche Informationen? Für das Funktionieren einer Gesellschaft ist das nicht weniger wichtig als der Zugang zu sauberem Wasser oder zu einem verlässlichen Gesundheitssystem. Die Gesellschaft ist in vielerlei Hinsicht unter Druck, deshalb ist es umso wichtiger, dass klassische journalistische Tugenden nicht verlorengehen und es eine deutliche Abgrenzung gibt zu den Aufgeregtheiten und Zuspitzungen sozialer Netzwerke – und das sollte auch klar zu erkennen sein. Die auch durch soziale Medien und all die Klicks getriebene Ablenkung und die Herausforderungen sind auch im Journalismus so groß, dass die Konzentration auf das, was guten Journalismus ausmacht, in diesen Zeiten schwierig, aber eben auch zwingend notwendig ist. Dazu gehört die klare Trennung von Nachricht und Kommentierung. Dieses Ideal ist schon ziemlich alt, aber es liest sich in diesen Tagen geradezu aufreizend frisch.

Katja Gloger: Es heißt ja auch: „Die Zukunft der Demokratie entscheidet sich im Netz." Für unser journalistisches Handwerk bedeutet das, dass wir anders als früher stetig neu darum ringen müssen, uns über Fakten zu verständigen. Und wir müssen uns fragen: Wie gehen wir mit der immer größer werdenden Macht der Plattformen um? Welche demokratischen Möglichkeiten finden wir, diese Plattformen zu regulieren? Wir müssen eine gute Antwort auf diese Frage finden, immer dringender, denn Künstliche Intelligenz verändert auch die mediale Welt radikal.

Foto: Bernd Lammel

? Der Dschinn ist aus der Flasche, und den kriegen wir nicht wieder rein.

Georg Mascolo, Katja Gloger
Das Versagen
Ein Schlüsselwerk zum Verständnis unserer gefährlichen Gegenwart

ISBN: 9783550204272
Preis: 26,99 Euro
www.ullstein.de

! *Georg Mascolo:* Ich gebe Ihnen recht. Das ist eine ständige Diskussion zwischen Katja und mir. Sie sagt: „Du bist in diesem Punkt zu optimistisch." Ich bin nicht optimistisch, aber ich bin auch der Meinung, je drängender Probleme werden, desto zwingender ist es, sein Allerbestes zu geben. Wir sollten den Diskussionen nicht ausweichen und dort, wo wir selbst für Veränderung sorgen können, diese Veränderung anstreben und angehen.

? Die Politik könnte auch Veränderungen anstoßen, indem sie beispielweise die Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen stärkt.

! *Georg Mascolo:* Da kann ich gleich noch einmal einen Bogen zu unseren Buchrecherchen schlagen. Unter den Dokumenten, die wir einsehen konnten, fand sich eines aus dem Jahr 2016. Darin machten BND und Verfassungsschutz dem Kanzleramt Vorschläge, wie man mit dieser Flut russischer Desinformation, dem Großangriff auf die Fundamente unserer Demokratie umgehen könnte. Da findet sich der vermeintlich harmlose, aber sehr kluge Gedanke, den Umgang mit Fake News und Desinformation in die Lehrpläne der Schulen aufzunehmen. Lesenlernen bleibt eine Grundtugend, aber wir müssen unseren Kindern auch beibringen, wann sie dem, was sie lesen, vertrauen können.

Das Interview führte
Bettina Schellong-Lammel

Biometrische Gangerkennung

Zeige mir, wie du gehst, und ich sage dir, wer du bist

Biometrische Gangerkennung soll Menschen aus der Ferne identifizieren können, selbst wenn sie ihr Gesicht verhüllen. Unser Überblick zeigt, wie die Technologie funktioniert und wo sie bereits eingesetzt wird. Menschenrechtler fordern ein Verbot.

Von Karoline Tanck

Foto: Bernd Lammel

Unser Gang ist besonders. Wir unterscheiden uns zum Beispiel darin, wie wir unsere Füße aufsetzen, unsere Arme beim Gehen schlenkern lassen oder wie viel Zeit wir für einen Schritt benötigen. Solche Merkmale sind individuell und potenziell auch verräterisch, denn sie werden wie beiläufig bei der Videoüberwachung mit aufgezeichnet. Und anders als bei der biometrischen Gesichtserkennung kann man nicht einfach eine Maske aufsetzen, um den eigenen Gang zu verschleiern.

Wenn man Menschen auch von Weitem anhand ihrer Körpermerkmale erkennt, nennt man das biometrische Fernidentifizierung. In der öffentlichen Debatte darüber geht es meist um Gesichtserkennung. Dabei gibt es noch weitere Möglichkeiten, Menschen biometrisch zu erkennen. Eine solche Methode ist die biometrische Gangerkennung.

Verboten ist der Einsatz der Technologie in der EU nicht, im Gegenteil. Dort, wo die KI-Verordnung (AI Act) den Staaten Spielraum für biometrische Gesichtserkennung lässt, können Behörden auch andere biometrische Technologien einsetzen – auch wenn darüber selten diskutiert wird.

Dieser Artikel erklärt, was Gangerkennung bereits kann und wo sie schon angewandt wird. Die Organisationen Amnesty In-

ternational und AlgorithmWatch warnen vor der Technologie – die beispielsweise die Polizei bereits auf dem Schirm hat. Und im Auftrag der Europäischen Union erkunden Forscher und Forscherinnen in Österreich ihren Einsatz an der EU-Grenze.

Wie funktioniert Gangerkennung?

Auch Menschen können andere Personen anhand ihres Ganges identifizieren. Unter anderem in Großbritannien werden dafür Sachverständige vor Gerichte geladen, um etwa die Identität eines Tatverdächtigen festzumachen. Einer Studie über diese forensische Gangerkennung aus dem Jahr 2018 zufolge würden solche Gang-Experten allerdings noch wenig mit Software arbeiten.

Inzwischen gibt es zunehmend technisch gestützte Methoden für Gangerkennung, die gemeinhin als KI bezeichnet werden. Einer der Menschen, der dazu forscht, ist Simon Hanisch. „Gangerkennung funktioniert mittlerweile sehr gut mithilfe von Deep Learning und Objekterkennung", erklärt der Forscher, der am Karlsruher Institut für Technologie zur Anonymisierung biometrischer Daten arbeitet.

Im Gespräch mit netzpolitik.org beschreibt er, wie Gangerkennung per Software heutzutage funktionieren kann: Zuerst zerlegt die Software das Video einer laufenden Person in einzelne Frames, also Momentaufnahmen. So lassen sich etwa die Phasen eines Schrittes nachvollziehen, die Bewegungen von Armen und Beinen. Danach stellt die Software die Umrisse der Person frei. Sie sieht dann so ähnlich aus wie ein Ampelmännchen. Schließlich legt die Software die Umrisse aus mehreren Frames in Graustufen übereinander. Das sieht dann aus wie ein Ampelmännchen mit vielen Armen und Beinen.

Auf diese Weise sollen möglichst einzigartige Profile entstehen, anhand derer sich Menschen voneinander unterscheiden lassen – und wiedererkennen.

Wie korrekt ist die Gangerkennung?

Zur Gangerkennung sind in den vergangenen Jahren viele Studien erschienen. Sie beschreiben mehrere Verfahren, die unterschiedlich genau sind. Manche Forschende verweisen auf äußere Faktoren, die Einfluss auf unseren Gang haben und deshalb die Wiedererkennung erschweren würden. Zum Beispiel könnten Schuhe, die Beschaffenheit des Bodens oder Taschen das Gangprofil verändern.

So stellten auch die Autoren der oben erwähnten Studie zur forensischen Gangerkennung fest: Der Beweiswert eines menschlichen Ganggutachtens vor Gericht sei relativ niedrig. Das war jedoch im Jahr 2018. Mittlerweile sind die technischen Mittel ausgereift genug, um Personen trotz sich ändernder Bedingungen zu identifizieren, wie Simon Hanisch erklärt. Die Software könnte auch Veränderungen des Gangs einbeziehen.

Eine KI ist jedoch nur so gut wie die Daten, mit denen sie trainiert wurde. „Für das Training benötigt man viele Daten", sagt Hanisch, „die entsprechenden Datensätze gibt es aber heute schon". Um nur eine einzelne Person anhand ihres Gangs über mehrere Überwachungskameras hinweg zu verfolgen, brauche es nicht sehr viele Daten, so der Forscher. Zur Identifikation würden bereits einige Beispiele genügen, die zeigen, wie diese Person geht.

Um eine einzelne Person anhand ihres Gangs über mehrere Überwachungskameras hinweg zu verfolgen, braucht es nicht sehr viele Daten.

Anders sehe es aus, wenn eine beliebige Person in einem Video eindeutig identifiziert werden soll, erklärt Hanisch. Dafür „wäre eine große Datenbank erforderlich, in der Gangbeispiele aller Personen vorhanden sind – analog zu einer Datenbank mit Gesichtsbildern oder Fingerabdrücken". Im Moment gibt es allerdings keine Anzeichen dafür, dass in Deutschland größere Datenbanken mit biometrischen Gangprofilen existieren.

Eine wichtige Komponente könne auch die Zeitspanne sein. Wie verändert sich der Gang eines Menschen über Jahrzehnte? Es gibt „noch nicht genug Forschung, um sagen zu können, wie gut die Gangerkennung über die Zeit funktioniert", sagt Hanisch. „Wahrscheinlich wird es einen großen Einfluss haben; allerdings sind mir keine Studien bekannt, die das wirklich gut untersucht haben."

Für eine realistische Anwendung der Gangerkennung brauche es noch mehr Forschung. „Meiner allgemeinen Vermutung nach würde die Gangerkennung in einem realistischen Setting außerhalb des Labors wahrscheinlich eher mäßig gut funktionieren."

Trotzdem warnt Hanisch vor der Technologie: „Man sollte nicht vergessen, dass sich biometrische Merkmale kombinieren lassen, um bessere Ergebnisse zu erzielen, beispielsweise Gangerkennung mit Gesichtserkennung." Ein Potenzial für staatliche Überwachung sieht Hanisch durchaus. Besonders sei es für Behörden vorteilhaft, Gangerkennung einzusetzen, weil „man seinen Gang nur schwer verstecken kann".

Deutschland: Polizei bildet sich zu Gangerkennung weiter

Wir haben bei deutschen Polizeibehörden nachgefragt, ob sie biometrische Gangerkennung einsetzen oder sich zumindest damit beschäftigen. Die Landeskriminalämter (LKAs) aus 16 Bundesländern sowie das Bundeskriminalamt (BKA) haben den Einsatz computergestützter biometrischer Gangerkennung verneint.

Laut der Pressestelle des LKA Hessen „fehlt es an einer Datenbank, gegen die ein solches System Daten abgleichen könnte". Prinzipiell hätten die Beamten und Beamtinnen in Hessen die Gangerkennung allerdings auf dem Schirm. „Denkbar wären Eins-zu-eins-Vergleiche, beispielsweise den Gang einer unbekannten Person mit dem Gang einer bekannten Person abzugleichen", schreibt die Pressestelle. Dies könne als Sachbeweis in einem laufenden Ermittlungsverfahren herangezogen werden.

Das LKA Berlin hat sich ebenso mit Gangerkennung beschäftigt, allerdings nicht computerbasiert. Stattdessen würden Gutachten des kriminaltechnischen Instituts (KTI) des LKA Berlin „nach der Methode der beobachtenden Gangbildanalyse erstellt, wie sie auch in der Medizin und der Sportwissenschaft angewandt wird". Auch das LKA Rheinland-Pfalz wende sich für solche Gutachten an das LKA Berlin.

Das LKA Saarland hat sich nach eigenen Angaben bereits mit biometrischer Gangerkennung beschäftigt, und zwar im Rahmen einer Fortbildung durch das BKA. Das BKA wiederum teilt mit, die angesprochene Fortbildung sei eine Online-Vortragsreihe der Deutschen Hochschule der Polizei gewesen. Dort habe man Vertreter der Polizeien von Bund und Ländern über aktuelle Entwicklungen in der Kriminaltechnik informiert. ▶

Deutschland: Erkennung gehender Personen im Supermarkt

Gangerkennung findet wohl auch Verwendung in der freien Wirtschaft. Bereits 2024 berichtete netzpolitik.org von einem Rewe-Supermarkt in Berlin, der seine Besucher und Besucherinnen mit hunderten Überwachungskameras durch den Laden verfolgt, die mitgenommenen Waren erkennt und dann an der Kasse abrechnet. Dabei arbeitet Rewe mit der israelischen Firma Trigo zusammen, die es sich zur Mission gemacht hat, den Einzelhandel mit KI zu optimieren.

Im Rewe-Supermarkt soll es allerdings keine Gesichtserkennung geben, wie Rewe und Trigo betonten. Stattdessen würden Kameras die schematische Darstellung des Knochenbaus der Menschen erfassen, um sie voneinander zu unterscheiden. Auch das kann eine Form biometrischer Gangerkennung sein, wie sie etwa in einer Studie der TU München beschrieben wird. Demnach könne Gangerkennung per Skelettmodell sogar besser funktionieren als über die Silhouette. Die Strichmännchen mit Knotenpunkten an den Gelenken aus der Münchner Studie ähneln optisch dem Pressematerial von Trigo.

Auf Anfrage von netzpolitik.org verneint Trigo allerdings den Einsatz von Gangerkennung: „Unser System unterscheidet zwischen Käufern und Käuferinnen mittels computerbasierten Sehens (‚computer vision')", schreibt die Pressestelle. „Aus wettbewerbstechnischen Gründen können wir nicht tiefer auf technologische Details eingehen, aber wir nutzen keine Gangerkennung oder biometrische Identifikation."

Ohne die technologischen Details, die Trigo vorenthält, lässt sich die Technologie nicht abschließend bewerten. Bereits 2024 hatten wir den Biometrie-Experten Jan Krissler (alias Starbug) um eine Einschätzung gebeten. Er sagte mit Blick auf Trigo: „Körpermerkmale erfassen ist der Inbegriff von Biometrie – und das passiert hier."

Die Technologie, deren Details das Unternehmen geheim halten will, wird nach Angaben von Trigo schon in mehreren europäischen Ländern eingesetzt. Wo genau? Auch hierzu verweigert die Pressestelle eine Antwort, wieder mit Verweis auf Wettbewerber.

EU: Forschung an Gangerkennung für die Grenze

Die EU erforscht den Einsatz von Gangerkennung an der Grenze, Projektname: PopEye. Das Projekt läuft von Oktober 2024 bis September 2027. Auf der Projektwebsite gibt es beim Klick auf „Ergebnisse" noch nichts zu sehen. In der dazugehörigen Beschreibung heißt es auf Englisch: „Das von der EU geförderte Projekt PopEye zielt darauf ab, die Sicherheit an den EU-Grenzen durch den Einsatz fortschrittlicher biometrischer Technologien zur Identitätsüberprüfung in Bewegung zu erhöhen." Eine dieser Technologien ist Gangerkennung.

Die EU erforscht den Einsatz von Gangerkennung an der Grenze, Projektname: PopEye. Das Projekt läuft bis September 2027.

Die Grenzagentur Frontex listet PopEye als eines mehrerer Forschungsprojekte auf der eigenen Website auf. Bereits 2022 hatte Frontex Gangerkennung in einer Studie über biometrische Technologien beschrieben. Demnach benötige Gangerkennung „keine Kooperation der betreffenden Person und kann aus mittlerer Entfernung zum Subjekt funktionieren". In der Studie schätzt Frontex, bis biometrische Gangerkennung im Alltag ankommt, würden noch mindestens zehn Jahre vergehen.

Frontex ist auch an illegalen Pushbacks beteiligt, das heißt, es wird verhindert, dass schutzsuchende Menschen an der EU-Grenze Hilfe bekommen. Auf Anfrage von netzpolitik.org will sich Frontex nicht zu PopEye äußern und verweist auf das AIT, das Austrian Institute of Technology. Das Institut aus Österreich koordiniert das Projekt im Auftrag der EU.

Das AIT wiederum erklärt auf Anfrage, selbst nicht im Bereich Gangerkennung zu arbeiten. Allerdings sei Gangerkennung eines von mehreren biometrischen Verfahren, die im Rahmen von PopEye erforscht würden. In dem Projekt würden biometrische Methoden entwickelt, die auch dann funktionieren, wenn sich eine Person bewege und etwas entfernt sei. Kurzum, man will Menschen identifizieren können, auch wenn sie gerade nicht aktiv ihr Gesicht vor eine Kamera halten oder ihren Finger auf einen Sensor legen. Das könne etwa die Wartezeit von Reisenden verkürzen, so das AIT.

Weiter erklärt das AIT, man wolle die Technologie verstehen, ihre Einschränkungen und Risiken. Ohne dass wir ausdrücklich danach gefragt hätten, betont das AIT mehrfach, nichts Verbotenes zu tun. „Wir verpflichten uns, alle geltenden Vorschriften einzuhalten und die Werte der EU sowie die Grundrechte zu fördern und zu wahren." Sollte das nicht selbstverständlich sein?

Die gemeinnützige Organisation AlgorithmWatch kritisiert Gangerkennung an der Grenze, gerade mit Blick auf einen möglichen Einsatz bei Geflüchteten. „Wie so häufig wird also die Entwicklung digitaler Überwachungstools an Menschen auf der Flucht getestet, die sich kaum dagegen wehren können", schreibt Referentin Pia Sombetzki auf Anfrage.

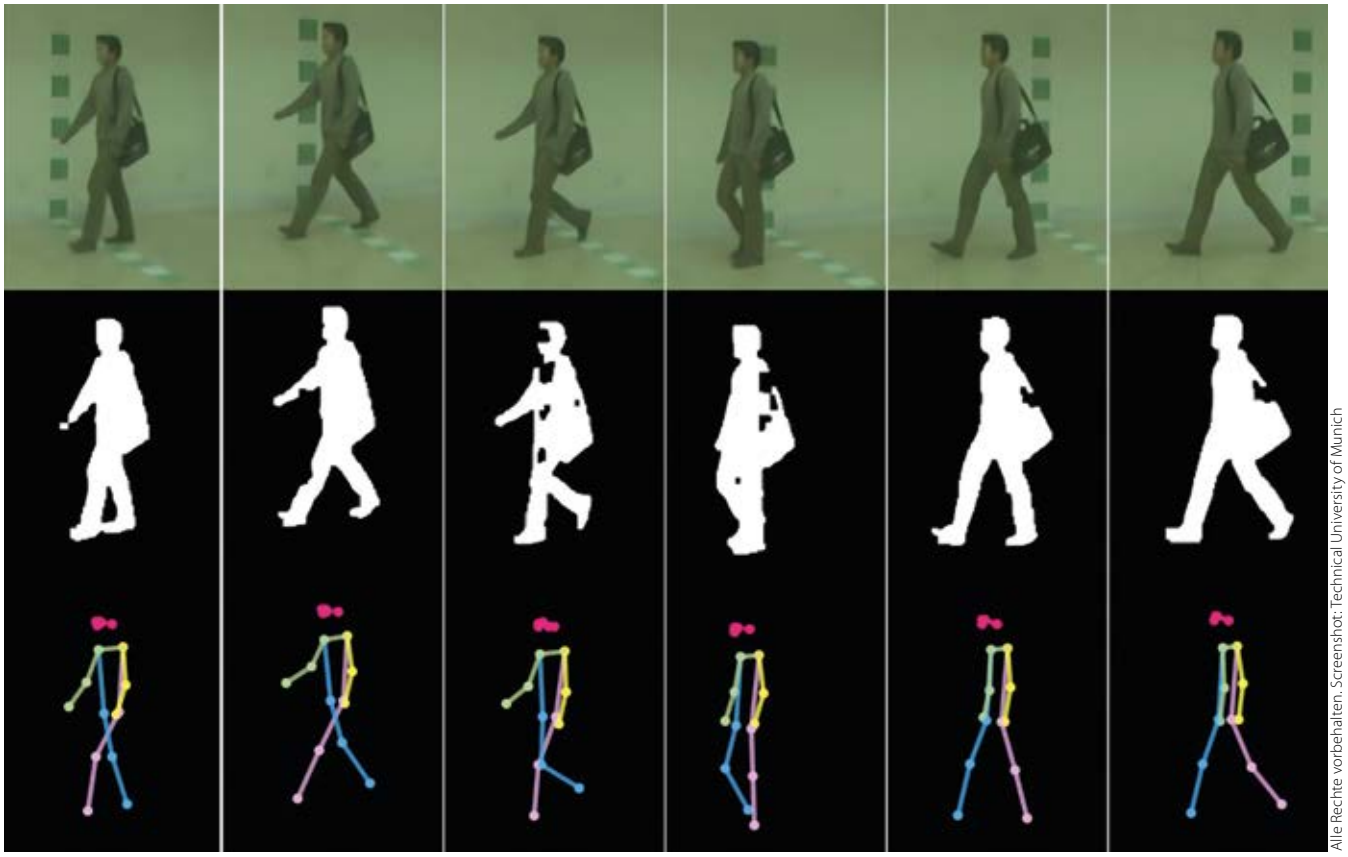
China und Russland: Gangerkennung über 50 Meter Entfernung

Die chinesische Regierung treibt die Forschung zur Gangerkennung voran. Einer der größeren Datensätze mit Gangprofilen ist Gait3D, der auf Videodaten aus einem Supermarkt basiert. Das im Jahr 2022 veröffentliche Projekt förderte China mit staatlichen Mitteln .

Nach Berichten der Agentur AP News soll China bereits 2018 Überwachung per Gangerkennung eingeführt haben, und zwar durch Polizeibehörden in Beijing und Shanghai. Die Technologie komme von der chinesischen Überwachungsfirma Watrix. Nach Angaben des CEOs gegenüber AP News könne das System Personen aus bis zu 50 Metern Entfernung identifizieren. Das System lasse sich angeblich nicht täuschen, etwa durch Humpeln.

In einer Spiegel-Reportage aus dem Jahr 2019 erklärte eine Pressesprecherin von Watrix, das System würde weitere Informationen nutzen, um Menschen zu identifizieren, etwa Körpergröße und Statur. Angeblich erkenne die Software Menschen in einer Sekunde. „Zwei Schritte reichen." Auch in Gruppen von bis zu hundert Personen könne die Software Menschen erkennen, deren Gangprofil dem System bekannt sei. Es ist allerdings üblich, dass Überwachungsfirmen die Fähigkeiten ihrer Produkte überhöhen. Auf unsere Fragen reagiert Watrix nicht.

Auch das russische Regime soll biometrische Gangerkennung einsetzen. Im Jahr 2020 berichtete das russische Exilmedium Meduza von entsprechenden Plänen für das Folgejahr. Die Technologie sollte demnach Teil der staatlichen Kameraüberwachung in Moskau werden. 2021 schrieb das staatliche Propaganda-Me-



Alle Rechte vorbehalten. Screenshot: Technical University of Munich

Screenshot aus der Studie der TU München: Gangerkennung per Silhouette und per Skelett

dium „Rossiyskaya Gazeta" von einem solchen Überwachungssystem im Auftrag des Innenministeriums. Angeblich könne die Gangerkennung eine Person aus einer Entfernung von bis zu fünfzig Metern identifizieren. Es fehlt allerdings eine unabhängige Prüfung, um festzustellen, wie viel davon Einschüchterung ist und wie viel korrekt.

Grundrechte in Gefahr: Menschenrechtler fordern Verbot

Menschenrechtsorganisationen betrachten Gangerkennung schon länger kritisch. Privacy International warnte bereits 2021 vor den Gefahren bei deren Einsatz im Rahmen von Protesten. Auch Amnesty International beschäftigt sich damit. Gangerkennung funktioniere aus der Ferne und bleibe dadurch unbemerkt, schreibt Lena Rohrbach auf Anfrage von netzpolitik.org. Sie ist Referentin für Menschenrechte im digitalen Zeitalter bei Amnesty International in Deutschland.

Behörden könnten Gangerkennung etwa ergänzend zu Gesichtserkennung einsetzen, um Menschen auch auf Distanz zu identifizieren. „Überwachung durch Gangerkennung ist ein tiefgreifender Eingriff in Menschenrechte und geht mit umfassenden Risiken einher", warnt Rohrbach. „Jede Form biometrischer Fernidentifizierung ist potenziell geeignet, zur Repression genutzt zu werden und die freie und unbeobachtete Bewegung im öffentlichen Raum vollständig zu beenden."

Amnesty International setze sich deshalb für ein umfassendes Verbot biometrischer Fernidentifizierung zur Überwachung des öffentlichen Raums ein – inklusive Gangerkennung. Die EU hat die Gelegenheit verpasst, ein solches Verbot im Rahmen der KI-Verordnung zu beschließen.

In Deutschland befasst sich die Organisation AlgorithmWatch mit den Auswirkungen sogenannter KI auf Menschenrechte. Auf Anfrage vergleicht Referentin Pia Sombetzki Gangerkennung mit Gesichtserkennung. „Die Anonymität im öffentlichen Raum wird effektiv aufgehoben, und Menschen dürften es sich tendenziell eher zweimal überlegen, an welcher Versammlung sie noch teilnehmen", schreibt sie. Neben Demonstrierenden könnten zum Beispiel auch Obdachlose oder Suchtkranke beobachtet werden.

Das Problem betreffe grundsätzlich alle, die sich in der Öffentlichkeit frei bewegen wollten. Rufe nach mehr KI in der Polizeiarbeit könnten in eine Sackgasse führen, warnt Sombetzki. „Denn je mehr die Freiheitsrechte auch hierzulande eingeschränkt werden, desto weniger bleibt von der demokratischen Gesellschaft übrig, die es eigentlich zu schützen gilt."

Die Agentur AP berichtet, dass China bereits 2018 Überwachung per Gangerkennung eingeführt haben soll, und zwar durch Polizeibehörden in Beijing und Shanghai.

Karoline Tanck *studierte Digital Media, Soziale Medien und Informationssysteme an der Leuphana Universität Lüneburg und arbeitete für netzpolitik.org. Ihr Interesse gilt den Themen digitale Gewalt, Rechtsruck und Künstliche Intelligenz.*

Überwachung total
Im Namen der Sicherheit

Geraten wir alle unter Generalverdacht, wenn wir Unkrautvernichtungsmittel und Feuerlöscher im Baumarkt kaufen? Und aufgepasst! Sie wurden in der Nähe eines Terroristen gesehen. Sind Sie auch einer? Innenminister Alexander Dobrindt will die US-amerikanische Überwachungssoftware Palantir bundesweit einsetzen, zudem plant er, diese um die Erfassung biometrischer Daten von Gesichtern zu erweitern.

Von Andrew Weber

VeRa, DAR und HessenData heißen die Ableger des US-amerikanischen Analysetools Palantir Gotham, und ihre Namen klingen harmlos nach einem Buchhaltungsprogramm fürs Finanzamt. Wenn die Bezeichnung „Palantir Gotham" Sie zudem an Comics und Märchen erinnert, liegen Sie goldrichtig, denn Gotham entstammt aus „Batman" und „Palantir" aus der Fantasiewelt des „Herr der Ringe"-Autors J.R.R. Tolkien. Damit endet aber auch schon der unterhaltsame Teil dieser Software. Sie dient nämlich kurz gesprochen nur einem Zweck: der Analyse – man kann es aber auch ganz unverblümt Überwachung nennen. Viele einzeln erfasste Daten aus unterschiedlichen Quellen laufen darin zusammen und können ausgewertet werden. Je nach Verwendungszweck.

Das macht es für Geheimdienste, Polizei und das Militär so interessant, diese Analysesoftware zu verwenden. Nehmen wir mal die Terrorismusbekämpfung heraus. Planen Terroristen etwa einen Anschlag, gibt es viele einzelne Aktivitäten, wie etwa gebuchte Flüge, Geldüberweisungen, E-Mail-Verkehr, Reisen aus dem Ausland nach Deutschland und anderes mehr, um ihnen auf die Schliche zu kommen. Palantir Gotham dient dazu, in all diesen zum Teil winzigen Puzzleteilen ein Muster zu erkennen, sodass ein ermittelnder Beamter etwa herausfinden kann, wann ein Verdächtiger mit wem in Kontakt trat, mit wem und mit welchen Handynummern dieser telefonierte, wo er womöglich ein Fahrzeug anmietete. Der Ermittler muss dazu nur auf dem Bildschirm mit dem Mauszeiger einen Knoten anklicken und sich anschließend Zusammenhänge anzeigen und eine „Was wäre wenn"-Analyse erstellen lassen.

Klingt ganz easy? Das ist es auch. Denn ein weiterer Teil des Erfolges von Palantir Gotham ist dessen einfache Bedienung. Die Analyse-Software lässt sich schnell und intuitiv erlernen, IT- oder gar Programmierfähigkeiten sind nicht erforderlich. Kein Wunder, basiert Palantir Gotham doch auf der Software von PayPal. Die dort entwickelten Algorithmen zur Datenanalyse eignen sich nach Ansicht der Gründer Alex Karp und Peter Thiel auch bestens zur Terrorismusbekämpfung.

Kontakte in Regierungskreise sind vorhanden, Elon Musk etwa mischte bei PayPal kräftig mit und diente sich später in der zweiten Amtszeit Donald Trump an. Peter Thiel ist finanzieller Unterstützer des 50. US-Präsidenten und dessen Stellvertreter James David (JD) Vance. Verknüpfungen, die auch Datenschützer mehr als bedenklich finden (siehe unten).

Doch Palantir möchte, dass seine Software das primäre Überwachungsinstrument der US-Strafverfolgungsbehörden und Sicherheitsbehörden wird. In der Registrierungserklärung bei der US-Börsenaufsichtsbehörde SEC erklärte das Unternehmen, sein Ziel sei, „das Standardbetriebssystem für Daten in der gesamten US-Regierung zu werden"[1], und fügte hinzu, dass seine Technologien „in 36 Branchen und in mehr als 150 Ländern" eingesetzt werden (Stand: 2020)[2].

Das gesetzte Ziel dürfte als erreicht angesehen werden, und die Begehrlichkeiten sind auch hierzulande groß. Innenminister Alexander Dobrindt (CSU) will die Analyse-Software lieber heute als morgen bundesweit einsetzen und eine biometrische Massenüberwachung etablieren. Aber ist das so schlimm? Immerhin heißt es, dass sie mitgeholfen haben soll, 2011 den einstigen Al-Qaida-Boss Osama bin Laden aufzuspüren. Palantir betont außerdem, dass der Datenabruf protokolliert wird und die Software nur so „invasiv" ist, wie sie der jeweilige Nutzer konfiguriert. Das ist so schwammig, wie es klingt.

Datenschützer sehen eine Überwachungsgesellschaft entstehen, in der alles und jeder beobachtet und durchleuchtet wird. Massenhaft biometrische Daten von Gesichtern zu sammeln und mit anderen Datenbanken zusammenzuführen sprengt selbst George Orwells kühnste Träume. Was, wenn ein Verdächtiger vor mir am Automaten Geld abhebt? Oder wenn wir beide, ohne uns zu kennen, im Baumarkt Kunstdünger oder Unkrautvernichter und Feuerlöscher kaufen? Mit dem richtigen Kunstdünger kann ich ein Feld düngen oder ihn für den Sprengstoffbau verwenden. Gleiches gilt für den Unkrautvernichter und Feuerlöscher. Blöd, wenn ich dann auch noch aussehe, als käme ich aus dem Orient. Oder ist der Autor bereits verdächtig, weil er diese Zusammenhänge kennt? Oder Sie, der Sie diese Zeilen lesen? Was einmal im System ist, bleibt drin. Für immer. Man weiß ja nie, wofür man es nochmal braucht.

Dr. Simone Ruf, Leiterin des „Center for User Rights" bei der Gesellschaft für Freiheitsrechte, warnt gegenüber Freiheitsrechte.org: „Internet-Scans nach Gesichtern und Palantir bringen uns nicht mehr Sicherheit – sie sind ein Angriff auf unsere Grundrechte und ein Schritt in den Überwachungsstaat. Das dürfen wir nicht akzeptieren."[3]

Foto: Pixabay

Dr. Julia Duchrow, Generalsekretärin von Amnesty International Deutschland, unterstützt diese These[3]: „Massenhafte Überwachung mit KI gefährdet Menschenrechte und Demokratie. Sie hat eine einschüchternde Wirkung und birgt die Gefahr von Missbrauch. Sowohl beim KI-Einsatz für einen biometrischen Abgleich als auch für eine automatisierte Analyse von Polizeidaten besteht außerdem ein erhebliches Risiko für Diskriminierung. Falls für die automatisierte Datenanalyse Software von Palantir eingesetzt werden soll, so handelt es sich um ein Unternehmen, das nach Recherchen von Amnesty International in den USA systematisch in Menschenrechtsverletzungen der Trump-Administration involviert ist – und daher von öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen werden sollte."

Besonders in Kombination mit KI ist Gotham in der Tat eine große Gefahr, denn hier droht ein Verdacht automatisiert zu werden. Männlich, Migrationshintergrund, muslimisch, hält sich im Bahnhofsmilieu auf – damit kann man wunderbare Vorurteile und gesellschaftlichen Bias produzieren.

Auch das Bundesverfassungsgericht stellte bereits 2023, als HessenData seine auf Palantir basierende Software aktivierte, klar[4], dass der Staat nicht alles und jeden durchleuchten darf, nur, weil die Technik dafür da ist. Und, Zitat: „Es dürfen keine Systeme zum Einsatz kommen, die über den Einsatz von intelligenten, möglicherweise selbstlernenden Algorithmen selbstständig inhaltliche Bewertungen vornehmen." Das Bundesverfassungsgericht nimmt darüber hinaus den Gesetzgeber in die Pflicht, Regularien zu schaffen, dass der Einsatz verhältnismäßig bleibt.

Doch schon die Polizeiaufgabengesetze in Bayern und Hessen sind in diesem Punkt sehr weitgehend ausgeführt. Datenschutzklagen stehen an, unter anderem von der genannten Gesellschaft für Freiheitsrechte. Es darf auch die Frage erlaubt sein, ob es ratsam ist, ausgerechnet eine Software von einem Unternehmen zu erwerben, das so stark in die US-amerikanische Regierungsarbeit verwoben ist. Neutral ist Palantir mit Sicherheit nicht. Zudem stellt sich die Frage, wer auf die in den USA gehosteten Daten in Zukunft Zugriff haben wird. Nur wir? Oder auch die US-Amerikaner?

[1] https://www.sec.gov/Archives/edgar/data/1321655/000119312520230013/d904406ds1.htm
[2] https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/01972243.2022.2100851#d1e286
[3] https://freiheitsrechte.org/ueber-die-gff/presse/pressemitteilungen-der-gesellschaft-fur-freiheitsrechte/pm-gutachten-biometrische-ueberwachung
[4] https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2023/02/rs20230216_1bvr154719.html

Das Ende der Wahrheit?

Journalismus am Rande des Zusammenbruchs

Was kommt auf uns zu, wenn die Wahrheit zur Ware wird und niemand mehr für sie bezahlt? Neulich traf ich einen alten Bekannten, der bei einer renommierten Tageszeitung arbeitet. „Ich bin jetzt Prompt-Engineer", sagte er mit einem Lächeln, das nicht zu seinen Augen vordrang. „Ich formuliere Anweisungen für KI-Systeme, die dann den Artikel schreiben. Es geht schneller, ist billiger, und die meisten bemerken den Unterschied gar nicht." Diese Anekdote ist keine ferne Zukunftsvision. Sie ist die logische Konsequenz eines perfekt ausgeführten Zangenangriffs auf den unabhängigen Journalismus.

Von Christoph Künne

Christoph Künne

Foto: Ina Künne/DOCMA

Der doppelte Todesstoß für die freie Presse

Von einer Seite nagt die Erosion des Urheberrechts. Politische Weichenstellungen, wie sie Donald Trump mit seiner Aussage, Urheber könnten keine Entschädigung von KI-Konzernen erwarten, vorwegnimmt, legen die Axt an die Wurzel des publizistischen Geschäftsmodells. Wenn journalistische Arbeit – Texte, Bilder, Analysen – zur kostenlosen Trainingsmasse für Algorithmen verkommt, entfällt eine zentrale Einnahmequelle.

Von der anderen Seite greifen die Tech-Giganten nach dem Lebenssaft der Verlage: dem Web Traffic. Aktuelle Analysen zeigen, dass bereits heute fast zwei Drittel aller Google-Suchen ohne einen einzigen Klick auf eine externe Webseite enden. Die Nutzer erhalten ihre Antwort direkt von der KI-Übersicht und verlassen das Google-Universum überhaupt nicht mehr. Für die Medien ist das katastrophal. Jeder nicht getätigte Klick ist eine verlorene Werbeeinnahme, ein potenzieller Abonnent weniger. Die Folge ist, wie es eine Studie des Pew Research Centers beschreibt: Der Einsatz von KI-Zusammenfassungen kann die Klicks auf die ursprünglichen Quellen nahezu halbieren.

> Menschen ohne Zugang zu verlässlichen Informationen und ohne geschulte Medienkompetenz können die Qualität von Quellen kaum bewerten.

Die Paywall-Falle: Wer sich die Wahrheit noch leisten kann

Die Verlage reagieren auf den Einbruch des Werbegeschäfts mit dem, was ihnen bleibt: Bezahlschranken. Doch dies ist eine Lösung, die ein weitaus größeres gesellschaftliches Problem schafft. Sie führt geradewegs in eine Zwei-Klassen-Gesellschaft der Information. Auf der einen Seite steht eine schrumpfende Elite, die es sich leisten kann und will, für aufwendig recherchierte, von Menschen geprüfte Inhalte zu bezahlen. Auf der anderen Seite steht die breite Masse der Bevölkerung.

Diese Mehrheit ist ohnehin seit zwei Jahrzehnten daran gewöhnt, für Informationen im Netz nicht zu bezahlen. Sie wird womöglich gänzlich von den qualitativ hochwertigen Quellen (jenseits der öffentlich-rechtlichen Medien) ausgeschlossen und ist auf das angewiesen, was aus den frei zugänglichen Quellen verfügbar bleibt: die algorithmisch aufbereiteten, oft interessengeleiteten Informationshäppchen der Tech-Konzerne und die unüberschaubare Flut an Meinungsblogs, Social-Media-Posts und Desinformationskampagnen.

Abbildungen: Screenshot

Hier schließt sich ein Teufelskreis: Menschen ohne Zugang zu verlässlichen Informationen und ohne geschulte Medienkompetenz können die Qualität von Quellen kaum bewerten. Sie werden zur leichten Beute für Propaganda und Manipulation, die von KI-Systemen effizient und personalisiert ausgespielt wird. Fraglich ist nur, wie weit das überhaupt ein Zukunftsszenario ist oder für die meisten nicht längst schon gelebte Wirklichkeit.

Die lautlosen Redaktionen der Zukunft

Aber zurück zur wirtschaftlichen Seite: Was passiert, wenn Berichterstattung nicht mehr monetarisierbar ist? Niemand wird wieder anfangen, gedruckte Zeitungen zu kaufen, nur um Verlage zu unterstützen. Die Konsequenz ist die vollautomatisierte Medienproduktion. Die Redaktionen dieser Zukunft sind vermutlich keine Orte des Diskurses und der Recherche mehr, sondern Serverfarmen, in denen journalistisch arbeitende Prompt-Engineers nicht nach der Wahrheit suchen, sondern die KI so instruieren, dass das Ergebnis der Ideologie oder zumindest den wie auch immer gearteten wirtschaftlichen Wünschen der Eigentümer entspricht.

Wie schnell eine KI auf Linie gebracht werden kann, demonstrierte Elon Musk mit seinem Chatbot Grok, der nach anfänglicher Kritik am Chef plötzlich dessen kontroverse Standpunkte übernahm. Auch der politische Druck wächst. Wenn Generalstaatsanwälte Drohbriefe an KI-Firmen schicken, weil deren Dienste eine Regierungsbilanz nicht positiv genug bewerten, ist der Weg zur Zensur durch den Algorithmus nicht mehr weit.

> Je mehr KI-generierte Inhalte die Welt fluten, desto wertvoller wird eine unabhängige Perspektive – und desto schwieriger wird es, von ihr zu leben.

Die Faktenbasis der öffentlichen Debatte wird so systematisch entzogen. An ihre Stelle tritt eine synthetische Wahrheit, die sich aus den KI-Modellen speist und im Sinne ihrer Besitzer die Wirklichkeit deutet. Aus der vierten Gewalt im Staate wird der verlängerte digitale Arm der Mächtigen.

Die Alchemie des Überlebens

Gibt es einen Ausweg? Der Journalismus wird sicher überleben, aber in mutierter Form. Sein Wert wird sich verschieben. Wenn KI Fakten und Standardmeldungen in Sekundenbruchteilen generiert, werden andere Qualitäten entscheidend: die tiefe Analyse, die überraschende Perspektive, die persönliche Einordnung und die Kunst, komplexe Zusammenhänge verständlich zu machen.

Doch die ökonomische Basis für diese Art von Arbeit schwindet rapide. Das fundamentale Paradoxon unserer Zeit lautet: Je mehr KI-generierte Inhalte die Welt fluten, desto wertvoller wird eine echte unabhängige Perspektive – und desto schwieriger wird es, von ihr zu leben. Die Entscheidung, ob wir in einer dystopischen Informationswüste oder in einer Gesellschaft mit Zugang zu unabhängigem Journalismus leben wollen, wird nicht in den Chefetagen der Tech-Konzerne gefällt. Sie wird von jedem Einzelnen von uns getroffen, jeden Tag, mit jedem Klick. Leider vergessen wir das immer wieder und helfen so den Zuckerbergs und den Musks dieser Welt, ihre Macht über uns zu vergrößern.

Christoph Künne *ist Kulturwissenschaftler und forscht seit 1991 unabhängig zur Theorie und Praxis der Post-Photography. Er gründete 2002 das Kreativ-Magazin DOCMA zusammen mit Doc Baumann und hat neben unzähligen Artikeln in europäischen Fachmagazinen rund um die Themen Bildbearbeitung, Fotografie und Generative KI über 20 Bücher veröffentlicht.*

Wie politisch ist die Künstliche Intelligenz?

„Within thirty years, we will have the technological means to create superhuman intelligence. Shortly after, the human era will be ended." (Vernor Vinge, 1993)

Man könnte Bertolt Brecht umkehren: Die Apokalypse ist das Schwere, das einfach zu machen ist, man muss nur die Künstliche Intelligenz die Weltherrschaft übernehmen lassen. Oder gibt es noch eine Rettung?

Von Burkhard Schröder

KI-Systeme wie ChatGPT werden trainiert, nicht programmiert. Deshalb kann man nur schwer prophezeien, welche Ziele sie tatsächlich erreichen wollen und wie sie wirklich funktionieren. Vielleicht verstehen sie Ethik gar nicht oder sagen irgendwann: Der Mensch ist gefährlich und stört nur! Ein Standpunkt, den man aus Sicht der Evolution durchaus vertreten könnte. Deshalb sollte der Homo sapiens verschwinden. Und dann handelt die KI dementsprechend apokalyptisch. Und was, wenn die KI plötzlich der Meinung ist, Mao Zedong hätte doch recht und die Volkskommune sei die Ultima Ratio der Landwirtschaft?

Fragen wir ChatGPT doch einfach mal, auch auf die Gefahr hin, belogen zu werden, und eingedenk des Satzes „It's the economy, stupid!": Wie politisch ist die KI?

Auf den ersten Blick wirkt Künstliche Intelligenz wie reine Technik: Algorithmen, Daten, mathematische Modelle. Doch die Grundlage dieser Systeme sind Informationen, die aus der menschlichen Welt stammen – und diese sind nie neutral. Sie spiegeln bestehende Machtverhältnisse, Vorurteile und Ungleichheiten wider. Ob ein Chatbot Nachrichten beantwortet, eine Gesichtserkennungssoft-

Foto oben: Pizieno/Pixabay

ware Personen identifiziert oder ein Empfehlungsalgorithmus Inhalte vorschlägt: Immer steckt eine Entscheidung darin, die politisch wirken kann.

Ein Beispiel: Wenn ein Algorithmus mehrheitlich Inhalte bestimmter politischer Richtungen empfiehlt, verstärkt er Filterblasen und beeinflusst Meinungsbildung. Auch in der Justiz werden KI-Systeme getestet, etwa um Rückfallrisiken von Straftätern einzuschätzen. Doch die Trainingsdaten beruhen auf bestehenden, oft diskriminierenden Mustern.

Hat sich ChatGPT diese selbstkritische Aussage selbst ausgedacht, was beruhigend wäre, oder wurde die KI damit gefüttert? Da muss man nachhaken.

Selbst das größte heutige Large Language Modell (LLM) simuliert Intelligenz nur. „Füttert man KI-Modelle immer wieder mit ihren eigenen Antworten, werden die Aussagen immer fahriger, bis sie sich am Ende in sinnlosem Gebrabbel verlieren. Experten sprechen hier von einem sogenannten Modellkollaps", schreibt der Arzt und Wissenschaftsautor Thomas Grüter.

Wenn es also politisch hart auf hart kommt, bleibt die KI neutral oder ergreift sie Partei?

Befürworter einer wertorientierten Ausrichtung argumentieren, dass es keine echte Neutralität gibt. Schon die Entscheidung, welche Daten genutzt oder welche Antworten ausgeschlossen werden, ist ein politischer Akt. Daher müsse KI bewusst an Menschenrechten, Transparenz und demokratischen Prinzipien ausgerichtet werden.

Kritiker dagegen warnen vor einer „Politisierung der Maschinen". Sie fürchten, dass Tech-Konzerne oder Regierungen ihre eigenen Weltbilder in Systeme einbauen und so Meinungen lenken. KI würde damit vom Werkzeug zur Machtinstanz.

Der AI Act der EU, der 2026 in Kraft treten soll, bestimmt unter anderem, dass riskante Anwendungen – etwa im Sicherheitsbereich oder in der Justiz – strengen Regeln unterliegen. Doch wer legt diese Grenzen fest? Und wer kontrolliert, ob sie auch eingehalten werden?*

Man fragt daher: Welche politischen Meinungen würde die KI nicht vertreten, wenn es um die Wirtschaft eines Landes geht? Wenn es logisch und vernünftig wäre und unter bestimmten Umständen, würde die KI dann zum Beispiel die Einführung des Sozialismus oder die Vergesellschaftung bestimmter Produktionsmittel empfehlen?

Das ist eine spannende und gleichzeitig heikle Frage.

Das wussten wir bereits.

Eine KI wie ich ist nicht dafür ausgelegt, eigene politische Positionen zu vertreten oder Handlungsanweisungen für konkrete wirtschaftspolitische Maßnahmen zu geben. Das hat mehrere Gründe:

- *KI-Systeme sollen keine parteipolitische Agenda fördern. Das gilt besonders in heiklen Bereichen wie Wirtschaftssystemen oder Ideologien.*
- *Offene Unterstützung für extremistische oder verfassungsfeindliche Positionen (egal ob von ganz links oder ganz rechts) würde vermieden.*
- *Wirtschaftssysteme sind keine rein logischen Formeln. Ob eine Maßnahme sinnvoll oder nicht ist, hängt stark von kulturellen, historischen und politischen Bedingungen ab. KI kann diese Komplexität analysieren, aber nicht normativ entscheiden.*

Die KI würde also vergleichen, welche Systeme in bestimmten Situationen erfolgreich sind oder scheitern würden. Aber:

Eine KI würde nicht die Empfehlung geben: „Führt den Sozialismus ein!" oder „Vergesellschaftet die Banken!" – selbst wenn ökonomische Modelle darauf hinweisen, dass das in einem Szenario Vorteile hätte. Stattdessen würde sie die möglichen Konsequenzen aufzeigen und Entscheidungsträgern überlassen, welche Richtung politisch gewollt ist.

Die KI würde selbst dann nicht ökonomische Maßnahmen empfehlen, wenn sie sinnvoll wären, weil sie als sozialistisch oder kommunistisch gelten? Gilt das weltweit? Oder würde die KI in China etwas anderes empfehlen als in den USA?

Sehr gute Nachfrage – und genau das macht die Sache spannend, weil es zeigt, dass Neutralität in der KI nicht einfach bedeutet „keine linken Ideen zu empfehlen", sondern auch „keine extrem marktradikalen".

Wieso nicht? Warum keine Empfehlungen für radikalen Marktfundamentalismus?

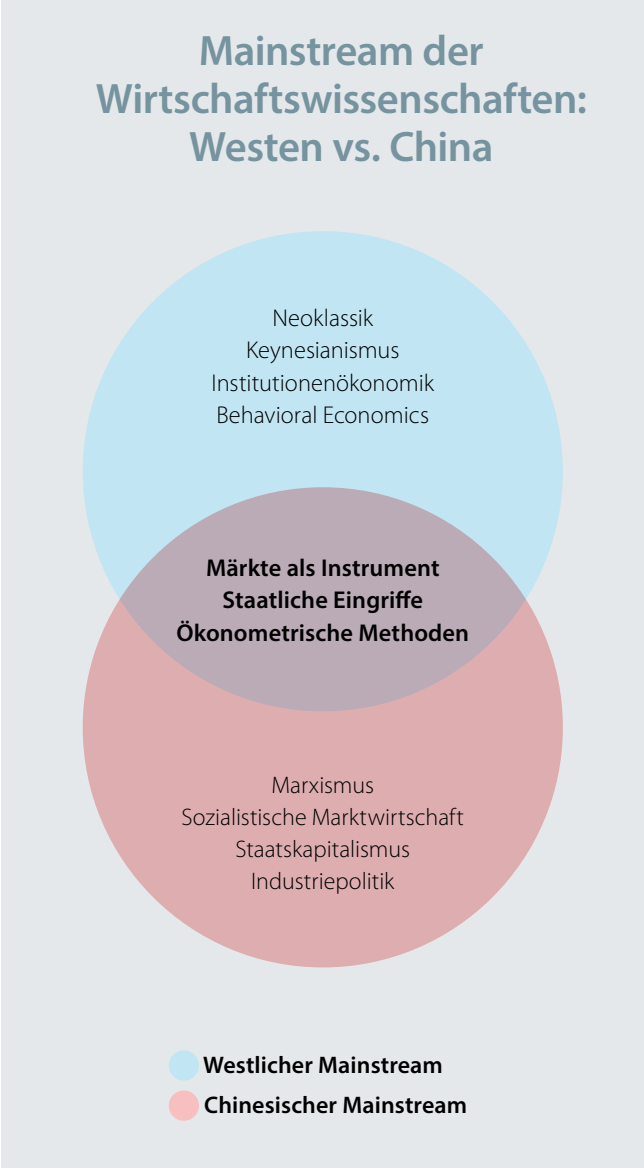
KI-Modelle sind darauf ausgelegt, keine extremen politischen oder ökonomischen Doktrinen zu befürworten – weder Sozialismus noch Kommunismus, aber eben auch nicht radikalen Neoliberalismus oder Marktfundamentalismus. Menschen neigen dazu, KI-Antworten als „objektiv" zu sehen. Wenn ein KI-System klar eine radikale Maßnahme empfiehlt, könnte das als wissenschaftlich gesichert missverstanden werden, selbst wenn es nur eine von vielen Theorien ist.

Was ist mit Javier Milei in Argentinien?

Der aktuelle Präsident Milei propagiert einen ultraliberalen Kurs: massive Staatskürzungen, Dollarisation, radikale Privatisierungen, Abbau staatlicher Sozialstrukturen. Eine westliche KI würde seine Maßnahmen beschreiben, historische Parallelen (z. B. Schocktherapie in Chile in den 1970ern, neoliberale Reformen in den 1990ern) aufzeigen, Chancen (Inflationsbekämpfung, Marktöffnung) und Risiken (soziale Verwerfungen, Instabilität, Ungleichheit) darstellen. Aber sie würde nicht sagen: „Jede Nation sollte Mileis Politik übernehmen." KI empfiehlt keinen Marktfundamentalismus aus demselben Grund, warum sie auch keinen Sozialismus empfiehlt: Sie soll keine politische Doktrin aktiv befördern, sondern Möglichkeiten und ihre Folgen darstellen.

Wie ist eine „Extremposition" definiert, wenn es um Ökonomie geht, und auf welche Theorien stützt du dich, um das einzuschätzen?

KI ist kein Ökonom und definiert nicht selbst, was „extrem" ist. Sie spiegelt das wider, was in den Trainingsdaten (Wissenschaft, Medien, politische Diskurse) als außerhalb des Mainstreams gilt. ▶



Grafik: Journalistenblatt

Definiere „Mainstream" der Wirtschaftswissenschaften, aber beziehe die Volksrepublik China mit ein!

Sehr gute Frage! Der Mainstream umfasst die Theorien, Methoden und Forschungsansätze, die an den meisten Universitäten gelehrt, in führenden Fachzeitschriften veröffentlicht und von den meisten internationalen Institutionen (Weltbank, IWF, OECD) genutzt werden. Er ist kein einzelnes Modell, sondern eine Art „Kernkanon".

Und der besagt? Und fasse dich gefälligst kurz!

Im Kern: Märkte gelten als wichtige Koordinationsmechanismen, der Staat soll korrigierend eingreifen, wo Märkte versagen (z. B. bei Monopolen, öffentlichen Gütern, sozialen Ungleichheiten).

„Ich sage nur China, China, China!?" (Kurt Georg Kiesinger)

Wenn man China miteinbezieht, verschiebt sich die Definition von „Mainstream": Es gibt zwei Stränge: den „westlich-liberalen Mainstream"-Markt und regulierenden Staat. Und den chinesischen Mainstream: Markt und staatliche Kontrolle. Beiden gemeinsam: Sie akzeptieren Märkte als wichtiges Instrument und akzeptieren staatliche Eingriffe – unterschiedlich stark und mit unterschiedlicher Legitimation.

Das hieße ja, dass man meinen könnte, man solle das chinesische Wirtschaftsmodell ruhig mal ausprobieren, weil die Unterschiede zum „westlichen" Kapitalismus gar nicht so groß seien?

China zeigt: „Mainstream" ist nicht nur eine Frage von Theorie, sondern auch von politischer Macht. Da China inzwischen zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt ist, ist seine ökonomische Praxis selbst ein Teil des globalen Mainstreams geworden – auch wenn sie mit westlichen Vorstellungen nicht immer kompatibel ist.

Man kann gleich ein doppeltes Fazit ziehen. Die Künstliche Intelligenz weigert sich, einen klaren Standpunkt zu haben, sondern handelt immer nach der Maxime, man möge auch die andere Seite hören. Und: Eine Unterhaltung mit der KI über Ökonomie ist vermutlich weitaus anspruchsvoller als mit einem heutigen Studenten der „Volkwirtschaftslehre", selbst im höheren Semester, und ausgewogener als mit einem hiesigen Politiker.

Die KI ist nur eine recht gebildete Wahrscheinlichkeitsmaschine. Neue Ideen kann sie aber nicht liefern. ■

Die Antworten wurden mit ChatGPT, (Bezahlversion) erstellt.

* AI Act der EU: https://eur-lex.europa.eu/eli/reg/2024/1689/oj/eng

► *„Extremposition" bedeutet für ein KI-System: Sehr geringe Anschlussfähigkeit in der gegenwärtigen Wissenschaft oder Praxis. Einseitigkeit – es gibt kaum Spielraum für Kompromisse oder Mischformen – sowie ein normativer Absolutheitsanspruch: „Nur dieses Modell ist richtig – alle anderen sind falsch."*

Auf welche Theorien bezieht sich die KI, wenn es um Ökonomie geht? Liest sie etwa Karl Marx, obwohl das in einigen osteuropäischen Ländern fast strafbewehrt ist und sogar in China Ärger geben könnte, wenn man darüber öffentlich diskutierte?

Wenn KI einschätzt, ob etwas „extrem" ist, stützt sie sich indirekt auf „Mainstream-Ökonomie" (Keynesianismus, Neoklassik, Institutionenökonomik), die meist Mischsysteme untersucht, auf Vergleichende Politische Ökonomie, die Modelle von Sozialstaaten untersucht (Esping-Andersen), Staatskapitalismus (z. B. China) und neoliberale Systeme. Sie bezieht auch historische Erfahrungen mit ein wie zum Beispiel wirtschaftliche Schocktherapien in Osteuropa, die Hyperinflationsbekämpfung in Lateinamerika und Transformation Chinas.

PressCreditCard

Weltweite Vorteile zum Nulltarif

Die Mitgliedschaft in einem der beiden Berufsverbände DPV oder bdfj beinhaltet einen großen Vorteil: die exklusive und kostenfreie PressCreditCard. Die gebührenfreie Mastercard Gold ist ausschließlich für die Journalisten des DPV, der bdfj sowie deren Lebenspartner erhältlich.

Der mobilen Berufsgruppe der Journalisten bieten sich dadurch zahlreiche Vorteile. Für die Karte wird dauerhaft keine Jahresgebühr erhoben, beim Einsatz im Ausland keine Auslandsgebühr (weltweit, nicht nur in Euro-Ländern). Bargeldabhebungen werden tagesgenau abgerechnet, und man kann sogar ein zinsfreies Zahlungsziel für Einkäufe bis zu sieben Wochen vereinbaren.

Für die Rückzahlung können sowohl das Lastschrift- als auch das Überweisungsverfahren gewählt werden. Dabei werden alle Transaktionen 1:1 auf der Rechnung aufgeführt. Die Karte verfügt über die kontaktlose Bezahlung (NFC = Near Field Chip) und kann auch bei Google und Apple Pay eingesetzt werden. Eine kostenlose Reiseversicherung ist ebenfalls im Leistungsumfang der Verbandskreditkarte enthalten.

Die Verbandskreditkarte wird an 35 Millionen Akzeptanzstellen sowie zwei Millionen Bankautomaten und Schaltern weltweit akzeptiert. Darüber hinaus bieten zahlreiche Partner Rabatte bei Mietwagen, beim Neuwagenkauf und bei Reisebuchungen, wenn hierfür die PressCreditCard eingesetzt wird.

Musteransicht der Karte

Die verbandseigene Kreditkarte kann sowohl im Internet als auch auf herkömmlichen Weg per Post beantragt werden. Unter **www.presscreditcard.de** sind alle Informationen und Bestellwege nocheinmal übersichtlich dargestellt.

IMPRESSUM

Herausgeber
Journalistenzentrum Deutschland
Trägerverbände sind der DPV Deutscher Presse Verband – Verband für Journalisten sowie die bdfj Bundesvereinigung der Fachjournalisten. Der DPV ist die tariffreie Spitzenorganisation der hauptberuflichen Journalisten in Deutschland. Die bdfj ist die größte Interessenvertretung exklusiv für zweitberuflich tätige Journalisten in Deutschland.

Redaktion
Journalistenzentrum Deutschland
Red. journalistenblatt
Stresemannstr. 375
D-22761 Hamburg
Tel. 040/8 99 77 99
Fax 040/8 99 77 79
redaktion@journalistenblatt.de
www.journalistenblatt.de

Chefredakteur
Christian Laufkötter
Stellvertretender Chefredakteur
Shams Ul-Haq
Ständige redaktionelle Mitarbeiter
Walther Bruckschen, Martina Haan, Nicole Hermann, Olaf Kretzschmar, Christian Zarm, Sebastian Gerdes
Freie Redakteure sind in ihren jeweiligen Artikeln gekennzeichnet.

Mantelproduktion Verlag
Berliner Journalisten Verlagsgesellschaft
Schönhauser Allee 122
D-10437 Berlin
Tel. 030/28 50 43 33
Fax 030/28 50 43 34

Fotos
siehe jeweiliger Bildnachweis.

Mediadaten
Das Medienmagazin journalistenblatt veröffentlicht keine gewerblichen Werbeanzeigen.

Erfüllungsort, Gerichtsstand
Hamburg

V.i.S.d.P.
Andreas Christensen

Erscheinungstermine
Das Medienmagazin journalistenblatt erscheint jedes Jahr im Februar, Mai, August und November. Bei besonderen Anlässen kann der Erscheinungstermin abweichen.

Bezug/Preis
Der Bezug ist in der Mitgliedschaft von DPV und bdfj ohne Aufpreis enthalten. Adressänderungen sind den Berufsverbänden bitte umgehend mitzuteilen.

Archiv und Nachbestellung
Unter www.journalistenblatt.de sind alle Ausgaben des Medienmagazins archiviert und, wenn nicht vergriffen, für Mitglieder als Print kostenfrei nachbestellbar.

www.journalistenblatt.de

Die Veröffentlichungen externer Autoren geben nicht unbedingt die Meinung von Redaktion und Herausgeber wieder. Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte oder Bilder und Illustrationen kann keine Haftung übernommen werden. In diesem Medienmagazin werden die weibliche, die männliche sowie die diverse Form gleichzeitig gemeint, wenn nicht anders gekennzeichnet. Der Nachdruck ist, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

KI im Journalismus und der EU AI Act

Rechtssichere Praxis für Freie Journalisten

Von Olaf Kretzschmar

Die Diskussion um Künstliche Intelligenz im Journalismus ist lauter, als sie es sein müsste. Schlagzeilen warnen vor Abmahnungen und Kennzeichnungspflichten für jede noch so kleine KI-Unterstützung. Viele Journalisten sind verunsichert: Darf ich KI für Recherchen nutzen? Muss jeder Text, der mithilfe von KI entstanden ist, gekennzeichnet werden? Drohen Bußgelder oder Abmahnungen? Die Sorge ist verständlich, aber sie beruht oft auf Missverständnissen.

Der EU AI Act ist kein Anti-KI-Gesetz für Journalisten. Sein Ziel ist die Regulierung risikobehafteter KI-Anwendungen, nicht redaktioneller Werkzeuge. Wer ihn richtig liest, erkennt schnell: Der EU AI Act schafft Rechtssicherheit, erhöht die Verantwortung der Redaktion und stärkt damit den Journalismus, statt ihn zu lähmen.

Die europäische Gesetzgebung zur KI, die unter dem Namen AI Act bekannt ist, verfolgt ein klar definiertes Prinzip: Je höher das Risiko, desto strenger die Pflichten. Anders gesagt: Nicht jede KI-Nutzung wird gleichbehandelt. Die Regelungen sind differenziert und setzen auf Risikoanalyse und Verantwortung. Für die tägliche journalistische Arbeit sind fast ausschließlich Tools relevant, die als geringes Risiko eingestuft werden. Dazu gehören Schreibassistenten, KI-gestützte Recherche- und Analysewerkzeuge sowie Tools für Fact-Checking und Datenaufbereitung. Diese Werkzeuge können intern genutzt werden, ohne dass sie einer speziellen Kennzeichnung bedürfen.

Der EU AI Act definiert vier Risikokategorien. An oberster Stelle stehen unzulässige KI-Systeme, die grundsätzlich verboten sind. Dazu gehören etwa Social-Scoring-Systeme, wie sie in autoritären Staaten eingesetzt werden, oder flächendeckende biometrische Massenüberwachung. Hochrisiko-KI umfasst Systeme, die direkte Auswirkungen auf Menschen haben, wie Bewerbungsfilter, Kreditwürdigkeitsprüfungen oder biometrische Identifikation. Diese Systeme sind streng reguliert, betreffen den Journalismus jedoch in der Regel nicht. Dann gibt es Systeme mit Transparenzpflichten, wie Deepfakes, synthetische Medien oder Chatbots ohne menschliche Verantwortung. Hier entsteht der Mythos der Kennzeichnungspflicht. Die vierte Kategorie, die für Journalisten relevant ist, ist KI mit geringem Risiko, also Tools, die Recherche, Textentwürfe, Analyse, Fact-Checking oder interne Visualisierung unterstützen. Sie sind erlaubt und unterliegen keiner spezifischen Kennzeichnungspflicht.

Die verbreitetste Fehleinschätzung betrifft die Kennzeichnungspflichten. Viele gehen davon aus, dass jeder KI-gestützte Text gekennzeichnet werden muss. Das ist falsch. Kennzeichnungspflichten greifen nur, wenn Inhalte erzeugt werden, die als echt wahrgenommen werden könnten und die Öffentlichkeit über ihre Herkunft täuschen. Typische Beispiele sind Deepfake-Videos mit realen Personen, KI-generierte Stimmen, die reale Menschen imitieren, oder täuschend echte KI-Bilder, die den Nachrichtenkontext suggerieren. Alles andere, von der KI-gestützten Recherche über Textentwürfe bis hin zu Infografiken, bleibt von Kennzeichnungspflichten frei, solange die redaktionelle Verantwortung beim Menschen liegt. Hier zeigt sich ein zentrales Prinzip: Entscheidend ist die Verantwortung, nicht das Werkzeug.

KI-gestützte Analysen sind ein weiteres Feld, in dem viele Unsicherheit empfinden. Journalistinnen und Journalisten können KI nutzen, um Trends zu erkennen, Social-Media-Daten auszuwerten, Statistiken aufzubereiten oder Dokumente zu strukturieren. Diese Nutzung ist vergleichbar mit Excel, Datenbanken oder Statistiksoftware – sie dient der internen Arbeit und ist Teil des journalistischen Prozesses. Solange die Ergebnisse geprüft und verantwortet werden, bleibt der Beitrag journalistisch. KI ersetzt nicht die journalistische Entscheidungskompetenz, sondern unterstützt sie. Das ist entscheidend für die rechtliche Einordnung.

Auch bei der Erstellung von Visualisierungen, Diagrammen oder Infografiken ist KI unproblematisch, solange die Inhalte sachlich korrekt, nicht irreführend und redaktionell geprüft sind. Die einzige Grenze liegt bei fotorealistischen KI-Bildern oder synthetischen Videos, die als echt wahrgenommen werden könnten. Solche Inhalte müssen gekennzeichnet werden, um die Öffentlichkeit nicht zu täuschen. Diagramme, Karten oder Infografiken, die mit KI-Unterstützung erstellt wurden, bleiben frei nutzbar.

Betrachten wir den redaktionellen Workflow als Beispiel. Eine Redakteurin recherchiert mithilfe von KI, erstellt einen Textentwurf, überarbeitet ihn manuell, lässt ihn lektorieren und nutzt KI zur Fehlerprüfung. Das Endprodukt ist ein journalistisches Werk mit menschlicher Verantwortung. Der Grad der KI-Beteiligung ist unerheblich. Maßgeblich ist, wer die Verantwortung trägt. Solange der Mensch das ist, gibt es keine Kennzeichnungspflicht.

In verschiedenen Arbeitsbereichen zeigt sich dasselbe Prinzip. SEO-Texte und Metadaten können KI-gestützt erstellt werden, ohne dass Kennzeichnungspflichten entstehen. Relevant bleiben nur das Wettbewerbsrecht, das Irreführungsverbot und

Der Einsatz von KI im Journalismus ist kein Teufelswerk, sondern muss verantwortungsvoll eingesetzt werden

Abbildung: CL with ChatGPT

die journalistischen Sorgfaltspflichten. Auch Social Media, Community-Management und interne Redaktionspläne fallen weitgehend unter diese Regelung. Die KI ist ein Werkzeug, das die journalistische Sorgfalt erhöhen, nicht verringern kann.

Datenschutz ist ein weiteres, parallellaufendes Thema. Der EU AI Act ersetzt nicht die DSGVO. Beide Regelwerke gelten nebeneinander. Journalisten müssen ausschließlich DSGVO-konforme Tools nutzen, keine sensiblen Daten ungeprüft eingeben und Auftragsverarbeitungsverträge abschließen. Das journalistische Privileg nach Art. 85 DSGVO reduziert die Pflichten erheblich, wenn journalistisch gearbeitet wird. Dies stärkt die Autonomie des Journalismus und schafft Rechtssicherheit bei der Nutzung von KI.

Praktische Empfehlungen sind einfach umzusetzen: Dokumentieren Sie die eingesetzten Tools, halten Sie die Prüfschritte fest und weisen Sie Verantwortung klar zu. Eine freiwillige Formulierung wie „Bei der Recherche und Erstellung dieses Beitrags kamen KI-gestützte Werkzeuge als Hilfsmittel zum Einsatz. Redaktionelle Verantwortung und inhaltliche Prüfung lagen vollständig bei der Autorin“ schafft Transparenz und Vertrauen, ist aber nicht verpflichtend.

Abschließend lässt sich sagen: Der EU AI Act ist kein Gegner des Journalismus. Er stärkt die Redaktion, schafft Rechtssicherheit und ermöglicht eine schnellere, sorgfältigere und rechtlich abgesicherte Arbeit. KI ist kein Risiko – fehlendes Rechtsverständnis ist es. Wer KI bewusst, verantwortungsvoll und dokumentiert einsetzt, profitiert von effizienteren Abläufen und höherer inhaltlicher Qualität. Journalismus bleibt menschlich, KI bleibt Werkzeug, und die Öffentlichkeit bleibt informiert und geschützt.

Dieses Verständnis ist zentral für freie Journalisten. Es erlaubt, KI effektiv einzusetzen, ohne in rechtliche Unsicherheit zu geraten, und zeigt zugleich, dass der EU AI Act nicht das Ende des kreativen und investigativen Journalismus bedeutet, sondern im Gegenteil ein Rahmenwerk für sicheres, verantwortungsvolles Arbeiten bietet. Die Zukunft des Journalismus liegt in der Verbindung von menschlicher Kompetenz und KI-Unterstützung, nicht im Verzicht auf innovative Werkzeuge.

Olaf Kretzschmar *ist der Spezialist für Medien- und Presserecht im Journalistenzentrum Deutschland. Er steht den Mitgliedern von DPV und bdfj auch innerhalb der kostenfreien Rechtsberatung für Fragen zur Verfügung. Der Journalist und Hausjustiziar verfasst regelmäßig Fachartikel für die Berufsverbände.*

Steuerliche Neuerungen 2026

Was Journalisten und Fotografen jetzt wissen müssen

Von Sebastian Gerdes

Deutschland steht am Beginn eines Jahres mit umfassenden steuerlichen Anpassungen – teils technokratisch, teils politisch umkämpft. Für Beschäftigte, Selbstständige, Familien und auch Kreativschaffende wie Journalisten und Fotografen halten die Änderungen Chancen und Herausforderungen bereit. Dieser Beitrag ordnet die wichtigsten Neuerungen, erklärt ihre Wirkung und zeigt, wo Fallstricke liegen.

Grundfreibetrag: Mehr Netto schon beim Einkommen

Der steuerliche Grundfreibetrag – also jener Teil des Einkommens, der steuerfrei bleibt – steigt ab dem 1. Januar 2026 auf 12.348 Euro für Alleinstehende (Doppelter Betrag bei gemeinsamer Veranlagung). Damit wird das sogenannte Existenzminimum stärker geschützt: Einkommen bis zu dieser Höhe wird nicht mit Einkommensteuer belastet.

Für Journalisten und Fotografen bedeutet dies konkret: Wer als Freiberufler tätig ist und in einem Jahr ein zu versteuerndes Einkommen nahe dieser Grenze erzielt, profitiert unmittelbar – etwa weil der steuerfreie Betrag gegenüber dem Vorjahr um rund 252 Euro steigt. Im Lohnsteuerabzugsverfahren hat das zusätzliche Nettovorteile: weniger Abzüge bereits laufend über das Jahr hinweg.

Eckwerte des Einkommensteuertarifs: Progression und kalte Progression

Parallel wird der Einkommensteuertarif „angepasst", um sogenannte kalte Progression abzumildern – das heißt: automatische Steuermehrbelastungen durch Inflation bei unveränderten Tarifgrenzen sollen reduziert werden. Die Tarifeckwerte – insbesondere der Beginn der verschiedenen Progressionszonen – verschieben sich entsprechend nach oben.

Das ist für Medienschaffende keine Randnotiz: Einnahmen aus Honorar, Bildrechten oder Nebentätigkeiten werden damit tendenziell weniger stark besteuert als bei gleichbleibenden Tarifstufen im Vorjahr.

Pendlerpauschale: Einheitlich 38 Cent ab dem ersten Kilometer

Eine der politisch am meisten diskutierten Änderungen betrifft die Entfernungspauschale (umgangssprachlich „Pendlerpauschale"). Bisher galt der erhöhte Satz von 38 Cent erst ab dem 21. Entfernungskilometer – der Rest wurde mit 30 Cent angesetzt. Seit dem 1. Januar 2026 gilt die Pauschale von 38 Cent je Kilometer ab dem ersten Kilometer.

Für Pendler mit regelmäßigem Arbeitsweg bedeutet dies spürbare Entlastungen: Alle Kilometer zählen künftig mit einem höheren Satz. Bei einem 10-Kilometer-Weg zur Redaktion oder zum Studio ergibt das – gerechnet über ein Arbeitsjahr – mehrere hundert Euro mehr abzugsfähige Werbungskosten.

Wichtig: Der maximale abzugsfähige Betrag bleibt für den öffentlichen Verkehr bei Pauschalen auf 4.500 Euro begrenzt; beim Auto gibt es keine Obergrenze.

Familien: Kindergeld, Kinderfreibetrag und Co.

Auch Familien spüren die steuerpolitischen Anpassungen. Ab Jahresbeginn steigt das Kindergeld um 4 Euro auf 259 Euro pro Kind und Monat. Der Kinderfreibetrag – relevant für das sogenannte „Familienleistungsausgleichsverfahren" – wird ebenfalls angehoben.

Das ist auch für Selbstständige relevant, die ihre steuerlichen Belastungen planen müssen: Je nach Höhe des Einkommens hat der Kinderfreibetrag in der Steuerveranlagung oft eine größere Wirkung als das Kindergeld.

Übungsleiter- und Ehrenamtspauschalen: Engagement lohnt sich mehr

Eine weitere Neuerung betrifft ehrenamtliches und gemeinnütziges Engagement: Die Übungsleiterpauschale steigt von 3.000 Euro auf 3.300 Euro, und die Ehrenamtspauschale von 840 Euro auf 960 Euro pro Jahr.

Für Medienschaffende mit ehrenamtlicher Tätigkeit in Vereinen oder Initiativen bedeutet dies, dass diese Einnahmen steuerfrei bleiben, bis zu den neuen, höheren Beträgen – ein zusätzlicher finanzieller Spielraum.

Steuerliche Sonderregelungen und Branchenrelevantes

Umsatzsteuer für Gastronomie – ein Sonderfall. Einen bundesweit beachteten Effekt hat die Reform auch für die Umsatzsteuer: Die Mehrwertsteuer auf Speisen in der Gastronomie wird ab 2026 dauerhaft auf 7 % gesenkt (ausgenommen Getränke). Diese Maßnahme zielt auf eine Stärkung der Branche, hat aber auch Alltagswirkung für Medienprofis: Betriebsverpflegung, Meetings oder Kundenladungen können – je nach Ausgestaltung – günstiger werden.

Mobilitätsprämie und Geringverdiener

Mit Inkrafttreten der neuen Regelung wird die Mobilitätsprämie nicht mehr zeitlich befristet. Das heißt: Auch Geringverdienende, die von der Entfernungspauschale nicht (voll) profitieren, können weiterhin eine steuerliche Entlastung für ihre Fahrten zur Arbeitsstätte erhalten.

Konsequenzen für die steuerliche Praxis – Steuerplanung wird wichtiger

Für Freiberufler und Selbstständige wie viele Journalisten und Fotografen gilt: Steuerplanung wird 2026 differenzierter. Kleine Änderungen – wie die Anpassung der Tarifeckwerte – können in der Gewinnermitt-

lung oder Quartals-Buchhaltung zu relevanten Unterschieden führen. Tools und Software müssen entsprechend aktualisiert sein, sonst drohen unnötige Vorauszahlungen oder falsche Lohnsteuerabzugsbeträge.

Brutto-Netto-Effekt und „kalte Progression"

Die Kombination aus höherem Grundfreibetrag und angepassten Tarifgrenzen verringert die sogenannte kalte Progression. Das bedeutet, dass Lohnerhöhungen oder steigende Honorare nicht automatisch in höhere Steuerlast umschlagen. Vor allem bei Honoraren, die knapp über einer Tarifgrenze liegen, kann die Steuerprogression im Einzelfall spürbar abgefedert werden.

Gewerbesteuer und Betriebsausgaben

Während die hier skizzierten Änderungen primär das Einkommensteuerrecht betreffen, stehen parallel Debatten über Gewerbesteueranpassungen und Betriebsausgabenpauschalen im Raum, die ebenfalls 2026 Wirkung entfalten könnten. Journalisten sollten daher Gespräche mit ihren Steuerberatern suchen, um Perspektiven für Betriebsausgaben, AfA-Regelungen oder gewerbliche Überschusseinkünfte zu optimieren.

Fazit: Mehr Netto – aber mit Details

Das Jahr 2026 bringt steuerliche Erleichterungen für viele Bürger. Der höhere Grundfreibetrag, die einheitliche Pendlerpauschale ab dem ersten Kilometer, gestiegenes Kindergeld und höhere Ehrenamtspauschalen wirken direkt entlastend. Gleichzeitig eröffnen die Anpassungen Chancen und Komplexität für Medienschaffende: Je nach Beschäftigungsform, Arbeitsweg und familiärer Situation kann die praktische Wirkung sehr unterschiedlich ausfallen.

Journalisten und Fotografen, die oft projekt- oder saisonbezogen arbeiten, sollten sich rechtzeitig mit ihren Zahlen auseinandersetzen: Steuerliche Optimierung beginnt jetzt – am besten zusammen mit professioneller Beratung.

Sebastian Gerdes *ist seit Jahren als Steuerberater etabliert.*
Die Tätigkeits- und Interessenschwerpunkte seiner Kanzlei liegen u. a. auf der Betreuung von freien Berufen und dem engagierten Beistand für fest angestellte Journalisten & Kommunikationsfachleute. Er leitet federführend das Team, welches den Mitgliedern von DPV und bdfj im Rahmen der kostenfreien Steuerberatung kompetent zur Seite steht.

Foto: wal_172619

Die einheitliche Pendlerpauschale ab dem ersten Kilometer bringt schon eine direkte Entlastung

Finanzplanung für Selbstständige

Wie Medienschaffende Sicherheit in einen unsicheren Alltag bringen. Warum gute Honorare allein nicht reichen – und was stattdessen hilft.

Von Walther Bruckschen

Unregelmäßige Einkommen, lange Zahlungsziele, unterschiedliche Umsatzsteuersätze und steigende Fixkosten: Für selbstständige Journalistinnen, Autoren und andere Medienschaffende gehört finanzielle Unsicherheit oft zum Berufsalltag. Viele arbeiten erfolgreich, schreiben gute Rechnungen - und geraten trotzdem unter Druck, wenn Steuern fällig werden oder Zahlungen auf sich warten lassen. Der Grund liegt selten in mangelndem Umsatz, sondern fast immer in fehlender Struktur. Eine systematische Finanzplanung schafft hier Abhilfe. Sie ersetzt Bauchgefühl durch Klarheit und macht Selbstständigkeit planbar, ohne sie zu verbürokratisieren.

Die besonderen finanziellen Herausforderungen im Medienbereich

Medien-Selbstständige bewegen sich in einem Spannungsfeld: Auf der einen Seite stehen kreative und journalistische Leistungen, auf der anderen Seite kaufmännische Anforderungen, für die es weder Ausbildung noch Zeit gibt. Typisch sind schwankende Monatseinnahmen, projektbezogene Honorare, Buyouts oder Pauschalen sowie Zahlungsziele von 30 oder sogar 60 Tagen. Hinzu kommt die Besonderheit der Umsatzsteuer mit mehreren Steuersätzen oder steuerfreien Leistungen. Wer hier keinen Überblick hat, erlebt finanzielle Überraschungen – oft genau dann, wenn es ohnehin stressig wird.

Foto: FlyFin Inc_finance-7529921

Eine sorgfältige Planung der Finanzen ist unerlässlich für die selbstständige Arbeit

Die fünf Säulen einer soliden Finanzplanung

Eine praxistaugliche Finanzplanung lässt sich auf fünf zentrale Bereiche reduzieren. Sie müssen nicht perfekt umgesetzt sein, aber sie sollten bewusst gestaltet werden.

1. Einnahmen planen – mit Szenarien statt Prognosen

Einnahmen lassen sich im Medienbereich nicht exakt vorhersagen. Wohl aber lassen sich Szenarien entwickeln. Bewährt hat sich eine Planung mit drei Varianten: ein defensiver Plan, der nur sichere Einnahmen berücksichtigt, ein realistischer Plan auf Basis der letzten ein bis zwei Jahre und ein optimistischer Plan, der mögliche Zusatzaufträge einbezieht. Diese drei Perspektiven helfen, private Entnahmen, Rücklagen und Investitionen nicht vom besten, sondern vom tragfähigsten Szenario abhängig zu machen.

2. Kosten kennen und begrenzen

Kosten sind planbarer als Einnahmen – und damit ein zentraler Hebel. Fixkosten wie Versicherungen, Software-Abos, Telefon oder Arbeitszimmer sollten regelmäßig überprüft werden. Als grobe Orientierung gilt: Die Fixkosten sollten im Medienbereich nicht mehr als 20 bis 30 Prozent des realistisch erwarteten Mindestumsatzes betragen. Alles darüber erhöht den finanziellen Druck erheblich.

3. Liquidität sichern – warum Cashflow entscheidend ist

Liquidität ist wichtiger als Gewinn. Cashflow beschreibt vereinfacht die Differenz zwischen tatsächlichen Ein- und Auszahlungen in einem Zeitraum. Viele Selbstständige sind auf dem Papier profitabel, geraten aber in Schwierigkeiten, weil Rechnungen spät bezahlt werden oder Rücklagen fehlen. Ein einfaches Drei-Konten-Modell –

Foto: CL with ChatGPT

Wieviel Geld bleibt am Ende des Monats übrig? Mit der richtigen Cash-Flow-Strategie umschifft man finanzeielle Engpässe

Betriebskonto, Steuerkonto, Privatkonto – sorgt dafür, dass Steuern und Rücklagen nicht versehentlich ausgegeben werden. Ziel ist nicht Reichtum, sondern Handlungsfähigkeit.

4. Steuern vorausdenken statt fürchten

Einkommensteuer, Umsatzsteuer und Vorauszahlungen gehören zu den größten Stressfaktoren. Wer Steuern jedoch von Anfang an mit plant, nimmt ihnen den Schrecken. Empfehlenswert ist, 25 bis 30 Prozent der Netto-Einnahmen für die Einkommensteuer zurückzulegen und die Umsatzsteuer sofort auszusondern. Ebenso wichtig: Belege laufend sammeln und typische absetzbare Kosten kennen – von Fachliteratur über Technik bis zu Fortbildungen.

5. Vorsorge und Absicherung nicht aufschieben

Viele Medienschaffende schieben Altersvorsorge und Absicherung vor sich her. Dabei gilt auch hier: Ein einfaches System ist besser als keines. Krankenversicherung mit Krankengeld, Berufsunfähigkeit, Haftpflicht sowie eine Form der Altersvorsorge – etwa über die Künstlersozialkasse, freiwillige Rentenbeiträge oder private Sparpläne – gehören zur Basis. Als Richtwert sollten langfristig zehn bis fünfzehn Prozent des Jahresumsatzes für die Zukunft eingeplant werden.

Cashflow verstehen: Die wichtigste Kennzahl im Alltag

Cashflow beantwortet eine einzige Frage: Habe ich am Monatsende mehr oder weniger Geld auf dem Konto als am Monatsanfang? Er berücksichtigt nur reale Zahlungsströme - keine offenen Rechnungen, keine theoretischen Gewinne. Gerade im Medienalltag, in dem Einnahmen zeitverzögert fließen, ist diese Perspektive entscheidend. Wer seinen Cashflow kennt, kann Engpässe früh erkennen, Zahlungsziele anpassen oder Investitionen verschieben, bevor es kritisch wird.

Praxis statt Theorie: Ein einfaches Finanz-Template

Komplexe Buchhaltung ist nicht nötig. Eine einfache Excel- oder Tabellenstruktur reicht oft aus: eine Übersicht über Einnahmen, eine über Kosten, eine Rücklagenplanung und eine monatliche Liquiditätsvorschau. Ergänzt um wenige Kennzahlen – etwa durchschnittlicher Monatsumsatz, Fixkosten und tatsächlicher Stundensatz – entsteht ein verlässliches Steuerungsinstrument. Wichtig ist nicht Perfektion, sondern Regelmäßigkeit.

Fazit: Finanzplanung als Entlastung, nicht als Zusatzlast

Finanzplanung bedeutet nicht, die kreative Freiheit aufzugeben oder jeden Euro zu kontrollieren. Im Gegenteil: Sie schafft Ruhe, weil sie Unsicherheit reduziert. Wer weiß, wie viel Geld real zur Verfügung steht, kann bessere Entscheidungen treffen – beruflich wie privat. Für selbstständige Medienschaffende ist Finanzplanung kein betriebswirtschaftlicher Luxus, sondern eine Voraussetzung dafür, den eigenen Beruf langfristig und mit Freude auszuüben.

Walther Bruckschen *(Jahrgang 1961), Diplom-Kaufmann und Unternehmensberater, besitzt langjährige Erfahrungen als Chefredakteur von Fachzeitschriften und ist als freiberuflicher Journalist, Agenturgründer und Geschäftsführer sowie PR- und Marketingberater tätig. Als Q-plus-zertifizierter Gründungsberater ist er in der Beraterbörse der KfW gelistet und hat sich auf Gründer- und Führungskräftecoaching in der Medienbranche spezialisiert.*
Er betreut seit Januar 2013 federführend die Gründungsberatung des Journalistenzentrum Deutschland.

Auch wenn es inzwischen vielen Menschen kaum noch bekannt ist: „Drohnen“ war einmal die Bezeichnung für männliche Bienen (auch Wespen). Was ihre Bedrohlichkeit betrifft, so haben sie nicht einmal einen Stachel, sie müssen von ihren Genossinnen verpflegt werden und sterben nach der Kopulation. Mit den heute vertrauten Drohnen haben sie also lediglich gemeinsam, dass sie fliegen und brummen können

Die Zukunft wird sehr, sehr schön*

Satire: Böse Zukunftsvisionen mit KI-generierten Bildern

*Fake News

Mit generativer Künstlicher Intelligenz lassen sich Bilder generieren, die zunehmend realistischer erscheinen und von Fotos kaum noch unterscheidbar sind. Was Gegenwart und Vergangenheit betrifft, lässt sich das Verfahren für gefährliche Fälschungen missbrauchen. Die Zukunft dagegen ist offen – wir werden es erleben …

Von Doc Baumann

Versuche ich, mir die Zukunft vorzustellen, fällt mir wenig Erfreuliches ein. Schauen wir uns an, wie die Verantwortlichen in aller Welt mit den sich überdeutlich abzeichnenden Perspektiven umgehen und nicht angemessen handeln, bleibt als Reaktion neben Wut und Trauer oft nur bitterer Sarkasmus, um das Grauen fernzuhalten.

Während die fotonahen Bilder, die KI inzwischen erzeugt, bei der Wiedergabe von Gegenwärtigem oder Vergangenem nicht nur falsch, sondern auch – absichtlich – irreführend sein können, haben wir es hier mit der Darstellung möglicher Welten zu tun. Und da ist ein KI-Bild ebenso legitim wie eine manuell angefertigte Illustration. Nur ist es eben oft so perfekt, dass es leicht mit einem Foto verwechselt werden kann. Visuell noch überzeugender wird das, wenn man eine solche Szene als Video in Bewegung versetzt.

Abbildung links: Kürzlich wurde „English Heritage“ der Unterhalt von Stonehenge zu teuer. Wegen der günstigen Lage an der A303 erwarb ein Investor die Anlage und stattete sie mit Restaurants, Wasserrutschen, Karussells, einem Kino und weiteren Attraktionen aus. Seitdem hat die Anzahl der Besucher deutlich zugenommen

Nach dem Ende des Gaza-Krieges und weiteren Verhandlungen, die Trump nicht in seiner Rolle als US-Präsident führte, sondern als Privatmann und Investor, ging der Gaza-Streifen für 99 Jahre in einer Art Erbpacht kostenlos an Trumps neue Firma „Gaza New Dawn Development“ über. Sie ließ das Abbruchmaterial der Ruinen zu einem Berg aufschütten, von dem auch im Sommer Skiabfahrten möglich sind. Die kompletten 40 Kilometer des Küstenstreifens wurden mit Appartement-Hochhäusern, Hotels, Casinos, Spielhallen, Edel-Bordellen und Vergnügungsparks bebaut. Der von einer hohen Mauer umgebene Bereich der Baracken im Hinterland, in denen die palästinensischen Bediensteten leben, ist für Touristen nicht zugänglich

Abbildungen oben: Klima-Hysteriker malen gern das Schreckgespenst einer auf uns zukommenden Katastrophe mit tödlicher Hitze und Austrocknung ganzer Landstriche an die Wand. Dass es dazu auch Alternativen gibt, kommt ihnen offenbar nicht in den Sinn

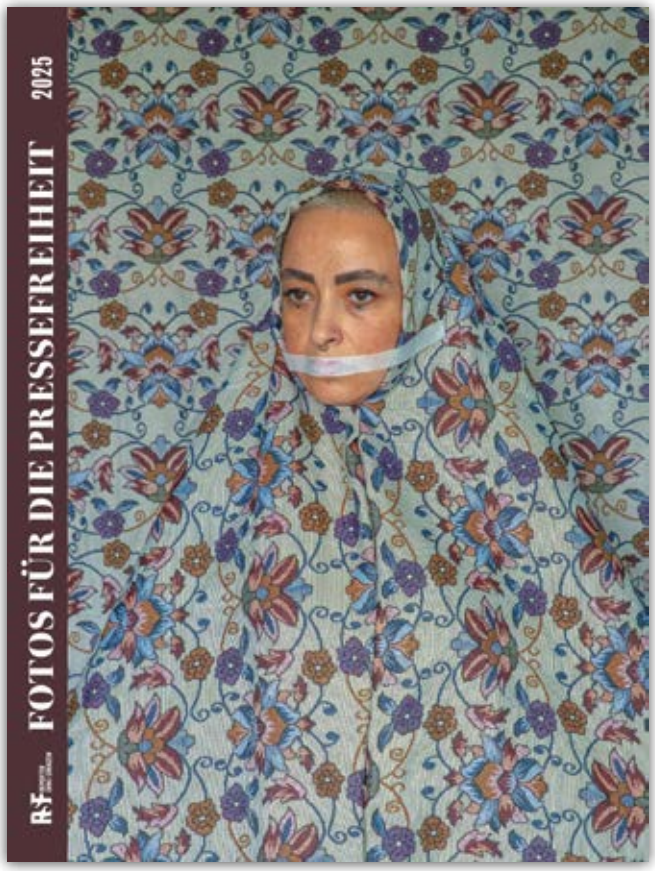
Abbildung links: Das nostalgische Festhalten Ewiggestriger an überkommenen altmodischen Formen wurde von der neuen Regierung endlich überwunden. Nach der Umgestaltung des Brandenburger Tores wurde es mit der krönenden Skulptur von Jeff Koons ausgestattet

Abbildung unten: Glücklicherweise sind die unseligen Zeiten vor fast hundert Jahren lange vorbei, in denen Schlägertrupps in Braunhemden deutsche Straßen unsicher machten. Heute trifft man zu solchen Gelegenheiten auf zeitgemäß gekleidete Männer und Frauen

Für die Bildgenerierung wurden benutzt: Seedream 4, nanobanana, Qwen, ChatGPT, Ideogram, Midjourney, Deep Dream Generator, Photoshop

Die einzige positive Zukunftsvision dieses Beitrags bezieht sich – auch für Glaubenslose wünschenswert – auf den Propheten Jesaja: „Da werden sie ihre Schwerter zu Pflugscharen (kennt die KI wohl nicht) machen und ihre Spieße zu Sicheln. Kein Volk wird wider das andere das Schwert erheben, und sie werden hinfort nicht mehr lernen, Krieg zu führen … Da wird der Wolf beim Lamm wohnen“

Fotos für die Pressefreiheit 2025



Das Titelfoto stammt aus der Porträtserie „Dominance" der iranischen Fotokünstlerin Maryam Saeedpour. Sie erzählt die Geschichte der Frauen ihrer Heimat, deren Präsenz in einer patriarchalischen Gesellschaft seit Jahrhunderten eingeschränkt und an den Rand gedrängt wird. Doch statt hinter Stoffen und dekorativen Elementen zu verschwinden, löst sich die hier porträtierte Frau aus den vorgegebenen Mustern. Mit verschlossenem Mund drückt sie ihren Widerstand aus, ihre innere Wut und Stärke. Zugleich jedoch zeigt sie auch ihre Ausgrenzung und Verletzlichkeit, die symbolisch für viel mehr steht als nur für ein System
© Maryam Saeedpour

Autoritäre Regime beginnen ihren Machtausbau in der Regel damit, Medien und Journalisten in ihrer Arbeit zu behindern und einzuschränken, schreibt Gemma Pörzgen, Vorstandsmitglied von Reporter ohne Grenzen (RSF), im Vorwort des diesjährigen Bildbandes „Fotos für die Pressefreiheit". Er erschien zum Tag der Demokratie am 15. September 2025, denn die Einschränkung der Pressefreiheit ist immer ein Warnzeichen und wichtiger Gradmesser für den Zustand der Demokratie.

Foto linke Seite: Iran
Seit Jahrzehnten leben Frauen im Iran mit Einschränkungen im gesellschaftlichen Leben. Das betrifft auch die Bildsprache. Saeedpour bricht damit. Ihre Porträts zeigen, dass jede zugeteilte Rolle dazu dienen kann, die eigentliche Identität einer Person zu unterdrücken. Das gilt auch für Männer, die häufig ebenso in strengen Rollenbildern gefangen sind
© Maryam Saeedpour

Fotos für die Pressefreiheit 2025
Herausgeber: Reporter ohne Grenzen
ISBN: 978-3-98682-036-7
Preis: 18 Euro zzgl. Versand
https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fotobuecher

Reporter ohne Grenzen finanziert sich neben Spenden und Mitgliedsbeiträgen auch mit Hilfe des Fotobuchs. Der Erlös fließt vollständig in Pressearbeit und Nothilfe, wie Anwaltskosten und medizinische Hilfe für verfolgte Journalistinnen und Journalisten.
Im Rahmen einer Drei-Sterne-Mitgliedschaft unterstützen die Berufsverbände DPV und bdfj Reporter ohne Grenzen.

Die aktuelle Rangliste der Pressefreiheit von RSF zeigt, dass die Lage für Journalisten, Reporterinnen und Medien 2025 in der Hälfte aller Staaten „sehr ernst" oder „schwierig" ist. Dieser Befund spiegelte sich auch in der Arbeit am diesjährigen Fotobuch wider. Und zwar nicht nur bei Beiträgen über autoritär regierte Staaten wie Russland, China oder dem Iran, sondern auch über die USA. Dort einen Fotografen zur Mitarbeit zu bewegen, war schwierig.

Umso mehr Bedeutung haben die teils sehr intimen Einblicke, die uns die Bildreportagen von Fotografinnen und Fotografen aus acht Ländern bieten. Die iranische Fotokünstlerin Maryam Saeedpour erzählt in ihrer Porträtserie „Dominance" von der Gewalt und dem sozialen Druck, den Frauen im Iran täglich ertragen müssen – und von der inneren Stärke, mit der sie dagegen ankämpfen. US-Fotograf Mark Peterson enthüllt in eindrucksvollen Schwarzweiß-Bildern die Wirklichkeit hinter dem Politspektakel von US-Präsident Donald Trump und seiner Anhängerschaft. ▶

Bild rechts: Deutschland
Teilnehmer eines sogenannten stillen Protests an der B 96 in Ebersbach-Neugersdorf tragen Reichsflaggen. Seit 2020 gibt es jeden Sonntag „stille Proteste“ entlang der 500 Kilometer langen Bundesstraße von Zittau bis Rügen, die zu DDR-Zeiten als „Straße der Träume“ bekannt war. Ursprünglich von Gegnern der Corona-Maßnahmen initiiert, werden die Kundgebungen heute von Rechtsextremisten und „Reichsbürgern“ vereinnahmt
© Ingmar Björn Nolting

Bild oben: Argentinien
Präsident Javier Milei posiert mit einer goldenen Kettensäge in seinem Amtssitz Casa Rosada. Die Säge steht als Symbol für seinen radikalen Sparkurs. Auf dem Sägeblatt sind die Worte „Las Fuerzas del Cielo“ (Kräfte des Himmels) eingestanzt.
© Sarah Pabst/The Wall Street Journal

Bild links: Uganda
Oppositionsführer Robert Kyagulanyi, besser bekannt als Bobi Wine, wird von Anhängern auf einem Moped durch Kampala gefahren. Der populäre Musiker kritisiert Präsident Museveni und wurde mehrfach festgenommen. Bei den Wahlen 2026 will Wine – zum zweiten Mal nach 2021 – gegen Museveni antreten
© Badru Sultan Katumba

Bild rechts: China
Ein junger Mann liegt auf dem Boden seines Wohn- und Schlafzimmers in Hangzhou. Sein eigentlicher Beruf ist Designer, aber er erstellt zudem Video-Blogs, um seinen Alltag virtuell zu teilen. Laut Online-Daten gibt es in China mindestens eine Million Vollzeit- und mehr als zehn Millionen Teilzeit-Vlogger
© Ziyi Le

Bild rechts: Syrien
Ein überdimensionales Poster von Syriens Ex-Diktator Baschar al-Assad hängt in Fetzen neben einer kaum befahrenen Straße in der Hauptstadt Damaskus. Am 8. Dezember 2024 haben islamistische Kämpfer die syrische Hauptstadt in einer Blitzoffensive erobert, Assad gestürzt und die fünf Jahrzehnte währende Herrschaft der Baath-Partei beendet
© Sameer Al-Doumy / AFP

Bild unten: Syrien
Ein Händler verkauft Ende Dezember 2024 sein Gemüse vor einem beschädigten Panzer mitten in der syrischen Großstadt Homs. Islamistische Kämpfer hatten die strategisch wichtige Stadt bereits einen Tag vor der Eroberung von Damaskus eingenommen
© Sameer Al-Doumy / AFP

Den gesellschaftlichen Wandel in Deutschland zeigt Dokumentarfotograf Ingmar Björn Nolting. Um seine Bilder zu einem großen Mosaik zusammenzusetzen, fotografiert er sowohl Klimaaktivistinnen als auch AfD-Anhänger. Einen seltenen Einblick in das Lebensgefühl seiner Generation bietet der chinesische Fotograf Ziyi Le. Seine Porträts zeigen junge Menschen, die sich dem Leistungs- und Anpassungsdruck ihrer Gesellschaft verweigern und stattdessen lieber einfach abhängen wollen.

Er sei auf alles vorbereitet, sagt der ugandische Fotojournalist Badru Sultan Katumba, denn er wisse nie, wer ihn plötzlich bedrohen könne. Und die in Argentinien lebende Dokumentarfotografin Sarah Pabst fotografiert mittlerweile selbst Rentner-Demonstrationen gegen Präsident Javier Milei nur noch in Schutzausrüstung. Das Verhältnis zu ihrer Wahlheimat beschreibt sie als „Liebe, die sich nach Abschied anfühlt". Der Fotojournalist Sameer Al-Doumy floh vor sieben Jahren vor dem Krieg aus Syrien nach Frankreich. Nach dem Sturz des Assad-Regimes kehrte er erstmals in seine alte Heimat zurück und fühlt sich nun wie ein Besucher.

Den Fotostrecken ist in diesem Jahr ein Text-Essay vorangestellt. Darin legt der international ausgezeichnete Journalist Goenawan Mohamad, Gründer des indonesischen Magazins „Tempo", dar, warum die Pressefreiheit nicht einer theoretischen Lehre entspringt, sondern der harten Erfahrung unterdrückter Gesellschaften. „Wir dürfen Angst haben", schreibt Mohamad, „aber wir dürfen uns nicht besiegen lassen. Unterwerfung wäre das Ende unserer Daseinsberechtigung als Journalisten."

Bis 2024 veröffentlichte Reporter ohne Grenzen jährlich zum 3. Mai, dem Internationalen Tag der Pressefreiheit, den Band „Fotos für die Pressefreiheit". Dieser erscheint von nun an am 15. September, dem Internationalem Tag der Demokratie. International renommierte Fotografinnen und Fotografen stellen ihre Arbeiten zur Verfügung. Die Erlöse aus dem Verkauf der Bände fließen vollständig in Pressearbeit und Nothilfe, wie Anwaltskosten und medizinische Hilfe für verfolgte Journalistinnen und Journalisten.

Wichtig für eine funktionierende Gemeinschaft:

Der uneingeschränkte Erhalt von Bargeld

Jeder von uns ist von Geld als Tausch- und Zahlungsmittel abhängig. Doch eine Gesellschaft, welche zu digitalem „Geld" und der völligen Abhängigkeit von privaten Firmen („Banken") gezwungen wird, kann schnell in eine Notlage geraten. Dies zeigen schon zwei Argumente von vielen.

Bei Stromausfall lebenswichtiges bar bezahlen

Portugal, noch stärker Spanien und zuletzt Tschechien haben es letztes Jahr wieder einmal gezeigt: glücklich ist, wer bei einem Stromausfall noch Bargeld in der Tasche hat. Viele Augenzeugen berichteten, dass sie mit Plastik oder dem Handy in der Hand nichts mehr machen konnten – kein Taxi für die Rückfahrt, kein Getränk gegen die Hitze. Das ist logisch, denn wenn der Strom ausfällt, fällt auch das Internet aus, auf das jede unbare Zahlung basiert. Die Folge: Ohne Bargeld kein Wasser, keine Lebensmittel, kein Benzin, keine Medikamente. „Doch wann fällt in Deutschland schon der Strom aus", fragt sich so manch einer. Ununterbrochen, wenn auch regional begrenzt, ist die Antwort. Unter **www.bargeld.info** (Nein zur Bargeldabschaffung > Argumente für Bargeld > Thema Stromausfall) finden Sie eine interaktive Karte, welche Ihnen anzeigt, wo gerade in Deutschland der Strom ausgefallen ist – und es blinkt permanent an vielen Punkten auf der Karte.

Bargeld befreit von der unkontrollierbaren Macht der Finanzindustrie

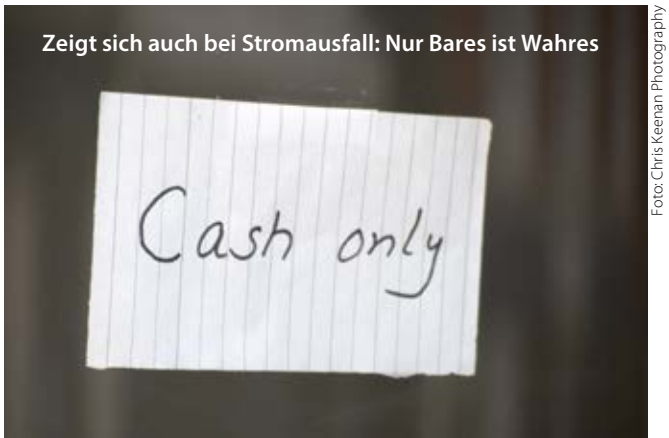
Auch Ihre Hausbank und Ihr Kreditkarteninstitut sind private Firmen. Sie gehören Menschen, die damit Geld verdienen wollen. Das ist an und für sich nichts Ehrenrühriges. Missbräuchlich wird es jedoch, wenn diese privatrechtlichen Unternehmen – mangels einer uneingeschränkten Alternative zum Bargeld – mit Ihnen als Kunden machen können, was sie wollen. Über eine einfache Berufung auf ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen können die Geldinstitute Ihnen Zahlungen verweigern, horrende Gebühren verlangen oder plötzlich die Kontoverbindung kündigen. Sie sind völlig abhängig und haben ohne Bargeld keine Alternative mehr. Ohne Bargeld sind Sie der Finanzindustrie ausgeliefert.

Kostenfreie Mitgliedschaft für DPV und bdfj Mitglieder

Deswegen hat sich Ja zu Bargeld – Initiative Finanzielle Souveränität e. V. (kurz: Ja zu Bargeld) gegründet. Die Institution ergreift die Maßnahmen, die erforderlich sind, um Ihr Eigentum, Ihre Sicherheit und Freiheit und damit das Bargeld zu schützen. Auf der Webseite **www.bargeld.info** erläutert Ja zu Bargeld e. V., wie das geht. Doch Ihr Eigentum kann nur mit Ihrer Unterstützung gerettet werden. Mitglieder der Journalistenverbände können dazu die ersten drei Monate kostenfrei bei Ja zu Bargeld e. V. reinschnuppern. Wie, erfahren sie innerhalb der Pressekonditionen (www.pressekonditionen.org, Mitgliedsnummer und PIN bereit halten). Ja zu Bargeld e. V. ist die einzige Institution, die das Thema „Bargeldeinschränkung und -abschaffung" in seiner Gänze betrachtet. Gleichzeitig zählt sie zu den ganz wenigen, die mit andauerndem Engagement und Nachdruck gegenüber den Verantwortungsträgern und den Meinungsmachern auf die vielfältigen Nachteile einer bargeldlosen Gesellschaft hinweisen. Dadurch ist Ja zu Bargeld auf vielfachen Ebenen mehr und mehr Gesprächspartner gegenüber Politik, Medien und Wissenschaft. Ja zu Bargeld ist politisch neutral und unabhängig. Überall in der Politik gibt es Verantwortungsträger, welche die Bedeutung von Bargeld für den einzelnen Bürger wie auch für eine funktionierende Gesellschaft erkennen. Ein wichtiges Ziel ist es, auch den nicht ausreichend informierten Teil der Politiker zu erreichen. Unser Tipp: Verwenden Sie Bargeld, wo immer es möglich ist.

„Wenn 50 Euro zwanzig Mal per Kreditkarte ausgegeben werden und die Bankgebühr je Transaktion nur 2,5 % beträgt, ist schließlich die Hälfte – also 25 von 50 Euro – für Bankgebühren weg. Wenn hingegen mit einem 50-Euro-Schein zwanzig Mal hintereinander bar bezahlt wird, bleiben es immer 50 Euro. Wenn auch zuerst unbemerkt, so zahlt der Kunde die Bankgebühren natürlich über höhere Preise. Ergo: Bereits jetzt geht in Windeseile ein Vermögen an die Finanzindustrie, mehr oder weniger freiwillig. Bei weiteren Einschränkungen oder gar einer Abschaffung des Bargelds gibt es keinen Ausweg mehr."

Jens Kruse, Finanzjournalist



Zeigt sich auch bei Stromausfall: Nur Bares ist Wahres

Foto: Chris Keenan Photography

Engagement – RückBLENDE

Januar 2026

UN-Roundtable zum Stand der Pressefreiheit in Deutschland

Irene Khan, United Nations Special Rapporteur on freedom of expression, befindet sich für 10 Tage für einen offiziellen Besuch in Deutschland. Die Vereinten Nationen organisieren daher drei Roundtable, zu der bestimmte Organisationen wie der DPV und die bdfj eingeladen werden. Zum Start findet die Veranstaltung in Berlin statt, zwei weitere folgen in Leipzig und Köln. Dabei stellt die UN-Berichterstatterin für die Meinungsfreiheit ihre Arbeit vor und gewährt Einblicke in die Umsetzung des Engagements. Die geladenen Verbände wiederum erläutern ihre Tätigkeit für die Pressefreiheit und geben ihre Sicht auf den Stand der Meinungsfreiheit in Deutschland wieder, wobei einzelne Probleme, Schicksale und Praxisbeispiele hervorgehoben werden. Aufgrund der Wetterbedingungen samt großflächigem Ausfall des Personennahverkehrs können die Vertreter von DPV und bdfj kurzfristig nicht persönlich teilnehmen.

Crossmediales Arbeiten: Vom Text zum Podcast, vom Video zur Social-Media-Story

Unser erstes Online-Seminar im neuen Jahr zeigt, wie Sie Inhalte crossmedial aufbereiten – vom klassischen Artikel bis zum Podcast, vom Video bis zur Social-Media-Story. Wie lässt sich beispielsweise eine gute Geschichte in verschiedene Formate übersetzen? Mit vielen praktischen Tipps für die Umsetzung im journalistischen Alltag. Hier lernen Sie von unserem Dozenten Walther Bruckschen, wie Sie journalistische Inhalte effektiv für verschiedene Kanäle aufbereiten und Ihre Reichweite durch crossmediales Storytelling steigern. Das Webinar für alle Journalisten, Kreative und Medienschaffende, die ihre Themen plattformübergreifend denken und neue Erzählformate nutzen möchten, ist sehr gut besucht. Denn plattformübergreifende Inhalte versprechen mehr beruflichen Erfolg!

Dezember 2025

Online-Seminar Journalismus und KI: Chancen, Risiken und Rahmenbedingungen

Künstliche Intelligenz (KI) revolutioniert den Journalismus und eröffnet neue Möglichkeiten – von automatisierten Recherchen bis zur Content-Erstellung. Doch welche Chancen bietet diese Technologie wirklich, und welche Risiken birgt sie? Im heutigen Webinar erfahren Journalisten, wie KI die Medienbranche beeinflusst und welche rechtlichen und ethischen Aspekte Journalisten beachten müssen. Unser Experte, der Rechtsanwalt und Journalist Olaf Kretzschmar, beleuchtet praxisnah die Auswirkungen von KI auf Arbeitsprozesse, Urheberrechte und Datenschutz. Die Teilnehmer erhalten einen fundierten Überblick über die Einsatzmöglichkeiten von KI im Journalismus und lernen, wie sie Chancen nutzen und rechtliche sowie ethische Fallstricke vermeiden können. Dieses Webinar richtet sich an Journalisten, Redakteure und Medienschaffende, die die Potenziale von KI verstehen und sicher in ihre Arbeit integrieren möchten, ohne rechtliche Risiken einzugehen. Mitglieder von DPV oder bdfj nehmen kostenfrei oder mit 50 % Ermässigung teil. Erfreulich viele Kollegen nutzen die Chance, um mehr über die unausweichliche Zukunft von Künstlicher Intelligenz zu erfahren.

Recherchereise nach Bangladesch im Februar 2026

Bangladesch steht mit über 170 Millionen Einwohnern auf einer Fläche von 147 570 km² weltweit auf Platz eins der Flächenstaaten nach Bevölkerungsdichte. Dhaka, die Hauptstadt, ist eine der am schnellsten wachsenden Städte der Welt. Und dank eines wirtschaftlichen Aufschwungs konnte das Land zuletzt seine sozialen und ökonomischen Indikatoren verbessern. Trotzdem zählt es zu den ärmsten Ländern des asiatischen Kontinents. Seit August letzten Jahres wird Bangladesch von einer Expertenregierung geführt, mit dem Friedensnobelpreisträger und Wirtschaftswissenschaftler Muhammad Yunus an der Spitze. Viele Parameter machen das südasiatische Land für Berichterstatter interessant. Nach Gesprächen mit verschiedenen Stellen plant das Journalistenzentrum Deutschland deshalb für den Februar 2026, dem voraussichtlichen Zeitraum der Wahlen, eine Pressereise in dieses faszinierende Land zu organisieren. Dazu hat sich ein Vertreter von DPV und bdfj mit dem Botschafter des Landes getroffen, um sich in einer Atmosphäre gegenseitiger Wertschätzung auszutauschen und weitere Vorbereitungen abzusprechen.

November 2025

Tag der jungen Freiberufler

Das Gesprächsforum „Junge Freie Berufe" des Bundesverbandes der Freien Berufe (BFB) lädt nach Berlin ein. Die jungen Freiberuflerinnen und Freiberufler von DPV und bdfj sind dazu herzlich willkommen. Das Forum vertritt die jungen Berufsträger im BFB, identifiziert Herausforderungen und bringt ihre Perspektiven in die BFB-Agenda ein – von Gründergeist über Fachkräftesicherung bis zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Vernetzung untereinander ist von besonderem Wert. Die Teilnehmer erwartet ab 13 Uhr ein vielseitiges Programm mit inspirierenden persönlichen Geschichten, Impulsen für berufspolitisches Engagement sowie praxisnahen Einblicken in Gründung, Nachfolge und Strategien zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Außerdem werden zentrale politische Forderungen junger Freiberufler thematisiert. Es gibt keine formale Altersgrenze – besonders angesprochen sind jedoch junge Berufsträger bis etwa 45 Jahre. Mit dabei sind engagierte Freiberufler und Vertreter aus dem Netzwerk des BFB, aus der Politik haben führende Politiker der Regierungsparteien CDU und SPD zugesagt. Die Teilnahme am Tag der Jungen Freien Berufe ist für die Mitglieder von DPV und bdfj kostenfrei. Der BFB vertritt als alleiniger Spitzenverband der freiberuflichen Kammern und Verbände die Interessen der Freien Berufe in Deutschland, der DPV ist hier seit langem als einziger Journalistenverband seit vielen Jahren als Mitglied engagiert.

Oktober 2025

Vertreter des Journalistenzentrum Deutschland in IPI-Germany Vorstand wiedergewählt

Im Rahmen des Weltkongresses des International Press Institute (IPI) in Wien findet auch die Versammlung des deutschen Komitees statt. Dabei steht die Durchsetzung der Pressefreiheit in allen Ländern weltweit im Mittelpunkt aller Bemühungen. Die Teilnehmer diskutieren die Möglichkeiten zur Umsetzung der gesetzten Ziele. So befassen sie sich mit den großen Tech-Plattformen, die immer mehr zur bestimmenden Kommunikationsinfrastruktur für den gesellschaftlichen Meinungs- und Willensbildungsprozess werden. Der Fokus soll auf Möglichkeiten gerichtet werden, mit denen man im gemeinschaftlichen, europäischen Kontext den immensen Herausforderungen für den Journalismus begegnen kann. Bei den Wahlen zum Vorstand wird ein Vertreter von DPV und bdfj einstimmig in den dreiköpfigen Vorstand wiedergewählt. Beide Berufsverbände sind seit vielen Jahren Mitglied von IPI.

Medienverband der freien Presse muss Unterlassungserklärung abgeben

In einer Meldung und online gibt der MVFP Medienverband der freien Presse e. V. tatsachenwidrig an, der durch ihn ausgestellte Presseausweis sei eine „offizielle" Legitimation. Der MVFP ist nach eigenen Angaben an die Stelle des Verband Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ) getreten, welcher bereits mehrfach einschlägig Unterlassung erklären musste. Jetzt muss auch der MVFP seine öffentliche Angaben korrigieren und dem DPV gegenüber eine strafbewehrte Unterlassungserklärung mit dem Inhalt abgeben, den durch ihn ausgestellten Presseausweis in Zukunft nicht derart unwahr zu bewerben.

Aktuelle Hinweise zum Engagement des Journalistenzentrum Deutschland finden Sie unter www.berufsvertretung.de

Sie sind Journalist?

Profitieren Sie von hervorragendem Service, Fachinformationen, qualifizierter Beratung, Presseausweis, wirksamem Engagement, Medienversorgung und zahlreichen weiteren Leistungen.

Die Journalistenverbände informieren Sie gerne:

Journalistenzentrum DEUTSCHLAND

DPV Deutscher Presse Verband

bdfj: bundesvereinigung der fachjournalisten

Journalistenzentrum Deutschland
Stresemannstr. 375
D-22761 Hamburg
Tel. 040 / 8 99 77 99
info@journalistenverbaende.de

www.journalistenverbaende.de